

## **Abstract:**

Der Aufsatz nimmt eine neue Aufmerksamkeit für industrielle Konflikte zum Anlass weiterführender Überlegungen. B. Rehders Analyse von Konflikten um Bündnisse für Arbeit, verstanden als Konflikte im Beziehungsgeflecht zwischen Betriebsrat und Belegschaft, die ein „Ende der Dekade des Co-Managements“ signalisieren, geben Anlass zur Frage nach dem geeigneten konzeptionellen Zugriff zu ihrer Analyse. Es wird argumentiert, dass eine in weiten Teilen der Industriesoziologie vorherrschende neoinstitutionalistische Perspektive einen blinden Fleck der Analyse erzeugt. Der wird aber angesichts von konflikträchtigen epochalen Umbrüchen der überkommenen institutionell verfaßten industriellen Arbeitsgesellschaft zunehmend problematisch werden. Soziologische Theoriebildung war hier schon einmal weiter. Exemplarisch wird, ergänzend zu soziologischen Zugängen, auf politikwissenschaftliche Konzepte zum besseren Verständnis „primären“ arbeitspolitischen Handelns verwiesen. Für die empirische Analyse augenscheinlich vermehrt zu beobachtender sozialer Konflikte wird für interdisziplinäre Zugänge plädiert. Erinnerung wird außerdem daran, dass die Industriesoziologie in der Phase ihrer von manchen heute so bezeichneten „Deutungshoheit“ spezifisches Gewicht auch aufgrund der Praxisnähe ihrer Forschung erlangt hat.

Helmut Martens, Dezember 2006

## **Neue Konfliktfelder am Ende der Dekade des Co-Managements – aber welche und mit welchen Konzepten soll man sie thematisieren?<sup>1</sup>**

### **1. Einleitung**

Ausgehend von drei betrieblichen Konfliktfällen im Zusammenhang mit Versuchen der Aushandlung von betrieblichen Bündnissen für Arbeit, hat B. Rehder (2006) in Heft 3/2006 dieser Zeitschrift die These vertreten, dass wir uns dem „Ende der Dekade des Co-Managements“ gegenüber sehen. Der Betriebsrat gerate zunehmend unter den Druck, zu Lasten des Integrationsproblems das Repräsentationsproblem gegenüber seinen Wählern zu lösen. Das Co-Management stehe vor Legitimitätsproblemen. Bemerkenswert ist dies deshalb, weil hier erstmals in einer neueren industriesoziologischen Analyse das Augenmerk auf neu aufbrechende soziale Konflikte gelegt wird. Andere Autoren postulieren zur gleichen Zeit noch gänzlich ungebrochen im Anschluss an die insbesondere von W. Müller-Jentsch (1995) eingeführte Terminologie eben diese Perspektive des Co-Managements (vgl., Minssen/Riese 2006a u. b). Ihr Blickwinkel entspricht einer Hauptströmung des arbeits- und industriesoziologischen Diskurses der jüngeren Vergangenheit. Die Debatten um die Subjektivierung von Arbeit (Moldaschl/Voß 2002, Moldaschl 2002) oder den Arbeitskraftunternehmer haben gleichermaßen weitgehend ungebrochen die Perspektive einer stetig fortschreitenden realen Subsumtion von Arbeit unter das Kapital entworfen.

---

<sup>1</sup>Es handelt sich um das Manuskript eines Aufsatzes, den ich 2006/7 in einschlägigen sozialwissenschaftlichen Zeitschriften nicht unterbringen konnte.

Die neue Aufmerksamkeit auf nicht mehr nur latente sondern tatsächlich virulente Konflikte führt zu der Frage, ob der Blickwinkel für die Analyse nicht zu eng gefaßt ist. Ist es angemessen, diese Konflikte vornehmlich in einem „Konfliktfeld zwischen Betriebsrat und Belegschaft“ zu analysieren? Läuft ein neoinstitutionalistisch geleiteter Blick nicht darauf hinaus, institutionelle Strukturen (hier den Betriebsrat als „Grenzinstitution“ (Fürstenberg 1959)) angesichts unverändert als unabweisbar und letztlich nicht gestaltbar erachteter systemischer Prozesse (Globalisierung) nunmehr unter dem Aspekt nicht länger konfliktfrei möglicher Anpassungsprozesse zu betrachten? Und wird dies den Konflikten und den Handlungsentwürfen derer gerecht, die sie konstituieren und in ihnen agieren? Haben wir es nicht eher mit, derzeit noch relativ vereinzelt, Konflikten zu tun, die von den Beschäftigten und ihren Interessenvertretungen inzwischen nicht nur als Nullsummenspiele interpretiert werden, sondern in denen sie zugleich versuchen erweiterte eigene Handlungs- und Gestaltungsoptionen zu gewinnen?<sup>2</sup> Sind in diesem Sinne nicht auch die sozialinnovativen gewerkschaftlichen Ansätze wie „besser statt billiger“, auf die B. Dreher am Ende ihrer Analyse eingeht, mehr als nur der Versuch, die repräsentierten Beschäftigten aktiver einzubeziehen um Legitimitätsprobleme besser lösen zu können (vgl. Schild 2005), auch wenn die so angestrebten erweiterten Gestaltungsoptionen sich an der absehbaren nächsten Schraubendrehung neoliberaler Restrukturierung von Produktions- und Dienstleistungsprozessen wieder brechen mögen? Fordern sie deshalb nicht zu einem umfassenderen analytischen Zugriff heraus?

Ich möchte in Auseinandersetzung mit diesen Fragen im folgenden eine Deutung und Analyseperspektive der aktuell zu beobachtenden Konflikte vorschlagen, die den engen einzeldisziplinären industriesoziologischen Zugriff durch politikwissenschaftliche und ökonomische Analyseperspektiven erweitert. Dabei lautet meine These, dass die deutsche Industriosozologie im Hinblick auf entsprechende konfliktsoziologische Fundierungen schon einmal weiter gewesen ist, als es die aktuell neu beginnende Debatte vermuten läßt. Ein Anknüpfen an liegengeliebene älteren Ansätze könnte eine mögliche Option für eine Antwort auf die derzeit intensiv diskutierte Frage nach der Krise der Industriosozologie oder auch der Soziologie insgesamt<sup>3</sup> eröffnen.

Ich werde meine Argumentation in drei Schritten entfalten. Zunächst werde ich den heute vorherrschenden Analyserahmen industriesoziologischer Untersuchungen umreißen, um zu zeigen, dass er u.a. durch eine theoretisch unterkomplexe Fassung des Problems des sozialen Konflikts gekennzeichnet ist (Kapitel 2). Daran anschlie-

---

<sup>2</sup> Die Fallanalyse eines Konflikts am größten Standort der SiemensAG, der sich vom Sommer 2004 bis Februar 2005 über mehr als 1 ½ Jahre hinzog belegt z.B., dass ein betrieblicher Standortkonflikt vielfältige arbeitspolitische Mobilisierungs- und Gestaltungspotentiale freisetzen kann. Vgl. dazu Martens 2006a sowie im Blick auf die angelsächsische Debatte um union organizing in Bezug auf hochqualifizierte Angestellte Croucher u.a. 2006.

<sup>3</sup> Vgl. zur Debatte um die Krise der Industriosozologie u.a. die Beiträge von Schumann 2002, S. Kühl 2004, A. Maurer 2005, K. Jürgens 2005 und S. Pfeiffer und W. Jäger 2006, Kratzer u.a. 2006, zur Soziologie als institutionalisierter „Dauerkrise“ M. R. Lepsius 2003.

ßend gehe ich kurz auf die sozialen Konflikte ein, die aktuell neue sozialwissenschaftliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben, um meine übergreifende Deutungshypothese darzulegen. Ihr zufolge sind diese Konflikte Ausdruck eines wirklich tiefgreifenden Epochenbruchs. Sie sollten deshalb in einer weiter gefaßten Perspektive untersucht werden (Kapitel 3). Daran anschließend werde ich zeigen, dass eine konzeptionell erweiterte und für empirische Untersuchungen aussichtsreiche Fassung des sozialen Konflikts die Einführung weiterer wissenschaftlicher Bezugssysteme erforderlich macht. Exemplarisch gehe ich dazu auf eine politikwissenschaftliche Analysedimension ein (Kapitel 4). Unter Bezugnahme auf aktuelle Debatten zur Krise der Industriesoziologie, vertrete ich abschließend die These, dass wirklich erhellende Analysen nur in einer interdisziplinären Perspektive angegangen werden können (Kapitel 5).<sup>4</sup>

## **2. Institutionelle Anpassung – der vorherrschende Blick der deutschen Industriesoziologie**

Im industriesoziologischen Diskurs werden die tiefgreifenden Umbrüche, denen wir uns heute gegenüber sehen, bislang überwiegend mit der Formel vom sozialen Wandel gefasst. Im Blick auf die Zukunft der Arbeit haben z. B. W. Kocka und C. Offe (2000) so argumentiert und die ablaufenden Metamorphosen der Arbeit im Vergleich zu anderen Autoren (Engelmann/Wiedemeier 2000, Martens u.a. 2001) eher entdramatisierend interpretiert. Im engeren industriesoziologischen Diskurs hat M. Schumann (2002) in seiner Abschiedsvorlesung die aus seiner Sicht unabweisbaren theoretischen Herausforderungen des Fachs vor dem Hintergrund einer Skizze gesellschaftlicher Veränderungen umrissen, die er ebenfalls mit dem Begriff des Wandels belegt. Auch W. Schroeder und B. Weißels (2003) gehen als Herausgeber eines Gewerkschaftshandbuches in ihrer Zusammenschau von Analysen zu aktuellen Herausforderungen der deutschen Gewerkschaften<sup>5</sup> von Wandlungsprozessen aus. Offenbar haben wir es in diesen Fällen mit der Annahme unverändert beachtlicher Stabilität zu tun. Von Brüchen ist im industriesoziologischen Diskurs bislang nur Ausnahmsweise die Rede (Sauer 2005, Kratzer u.a. 2006). Nur Ausnahmsweise findet man den Hinweis an die Akteure der Mitbestimmung und die Gewerkschaften, dass eine Strategie gezielter Konflikte Sinn machen könnte (Schumann 2005) oder dass eine „eigensinnige Arbeitspolitik“ (Sauer 2005a, Sauer/Peters 2006) geboten sei. Die allerdings kann kaum unter Absehung von Konflikten gedacht werden (Martens 2007b). Die Debatten der vergangenen Jahre haben hingegen - angesichts von Frei-

---

<sup>4</sup> Die nachfolgende Argumentation stützt sich auf umfassendere Analysen zur Krise der Spezialdisziplin und Herausforderungen empirischer Sozialforschung (Martens 2007a). Seitenangaben beziehen sich auf das Buchmanuskript von 2006.

<sup>5</sup> Der Band versammelt nahezu alle namhaften deutschen WissenschaftlerInnen, überwiegend aus dem Bereich der Industriesoziologie kommend, die in den vergangenen Jahrzehnten einschlägig zum Thema gearbeitet haben. Zur ausführlicheren Erörterung im Blick auf die hier verfolgte Argumentation Martens 2007a).

heitsversprechen und zugleich neuen Zwängen einer entfesselten Marktökonomie im Zeichen einer Subjektivierung der Arbeit (Kleemann u.a. 2001, Lohr 2003) - vor allem neue Formen der Selbstunterwerfung der Arbeitenden akzentuiert (Voß/Pongratz 1998, Moldaschl 2002). Konstatiert wird eine erhebliche Distanz der neuen „Arbeitskraftunternehmer“ oder „unselbständigen Selbständigen“ gegenüber traditionellen gewerkschaftlichen Organisations- und Politikformen (Ittermann 2003, Städtler u.a. 2004).<sup>6</sup> Die Gewerkschaften werden als der Entwicklung unter wachsendem Anpassungsdruck hinterher laufend wahrgenommen (Schroeder/Weßels 2003). Mit ihrer schrumpfenden Kernklientel gelten sie vornehmlich als Teil des Alten, der verschwindenden institutionell verfassten industriellen Arbeitsgesellschaft und ziehen nur noch begrenztes wissenschaftliches Interesse auf sich. Interessanter erscheinen da noch die Betriebsräte, die in der Perspektive des um die Mitte der 1990er Jahre entwickelten Konzepts eines Co-Managements empirisch beforscht werden (zuletzt Minssen/Riese, 2006a u. b). Das Neue ist aus dieser Perspektive heraus die vermeintliche vernetzte „Wissens-“ oder auch „Mode2-Gesellschaft“ (Nowotny u. a. 1999). Deren Reorganisation im Interesse der Selbstbehauptung der alten entwickelten Industriegesellschaften auf neuen, immer kompetitiveren Märkten rückt ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Das Management erscheint als der entscheidende Akteur dieses Wandels (schon früh Müller-Jentsch 1993).

Aus der Perspektive dieses vorherrschenden neoinstitutionalistischen Blicks<sup>7</sup> geht es um die gegebenen institutionellen Arrangements und Strukturen in ihrer handlungsprägenden Bedeutung und um die Anpassungszwänge, denen diese Strukturen angesichts systemischer Modernisierungsprozesse ausgesetzt sind. Die Analyse wie die von B. Rehder, die die Betriebsräte „vermehrt in eine basisorientierte Interessenvertretungspolitik hinein steuern sieht“ (Rehder 2006,240) ist da zunächst überraschend. Die von ihr vor dem Hintergrund spieltheoretischer Konzepte analysierten Entwicklungen - von Aushandlungsprozessen nach dem Muster von „Koordinationsspielen“, in die „Verteilungsprozesse integriert sind“ zu Auseinandersetzungen, die zunehmend als „Dilemma- oder Nullsummenspiele“ interpretiert werden – zielen allerdings nicht auf eine Analyse von Arbeitspolitik möglicherweise neu konstituierendem Handeln. Vielmehr fragen sie nach neu entstehenden Legitimitätsdefiziten des

---

<sup>6</sup> Es ist in diesem Zusammenhang nicht ohne Interesse, dass in der empirischen angelsächsischen industrial-relations-Forschung die Individualisierungsthese kaum Anhänger findet und eher von einer „Dekollektivierung“ ausgegangen wird, die stärker auf Folgen von Managementhandeln und staatlicher Intervention abhebt (Williams 1997; Gall u. McKay 2001)

<sup>7</sup> Der bedeutet freilich nicht, wie M. R. Lepsius zutreffend feststellt, dass zu den ablaufenden Prozessen von „De- und Reinstitutionalisierung“, die s. E. hinter der mit Globalisierung bezeichneten Oberfläche das eigentlich relevante soziologische Thema wären (Lepsius 2003,25), eine „richtige Dauerforschung der Konsistenzen von Interdependenzen“ (Lepsius 2003,27) stattfände. Eine Arbeits- und Industriesoziologie, die das Transformationsproblem von Arbeit als zentralen Gegenstandsbereich des Fachs ganz selbstverständlich angeschmiegt an die vorherrschende mikroökonomische „Froschperspektive“ (Zinn 2006) der Zeit bearbeitet(vgl. auch Minssen 2006), bekommt dann freilich weder übergreifende De- und Reinstitutionalisierungsprozesse in den Blick, noch neues, darauf zielendes arbeitspolitisches Handeln, das sich z. B. auf betrieblicher Ebene entwickelt.

Betriebsrats als einer „Grenzinstitution“. Wo aus dieser Beobachterperspektive heraus<sup>8</sup> Szenarien konsequent skizziert wurden, ist schon früh die Möglichkeit der Erosion der institutionalisierten Mitbestimmung und auch der „Entgewerkschaftung“ gedacht worden (Streeck 2001) – also ein Ende der in Deutschland durch korporatistische Strukturen geprägten industriellen Beziehungen, wie wir sie aus jahrzehntelanger Beobachtung und Analyse kennen. An ihre Stelle treten in der Perspektive der vorherrschenden Analysen jeweils im einzelwirtschaftlichen Rahmen ausgehandelte Beispiele guter Praxis. Aber es ist auch der Versuch zu beobachten, eine Renaissance der „kritischen Industriesoziologie“ der 1960er und 1970er Jahre zu beschwören – und zugleich empirisch die Leistungs- und Innovationsfähigkeit der alten institutionellen Akteure zu belegen (Schumann 2002) – dies aber letztlich doch im Blick auf eben die Maßstäbe, die der allgemeine gesellschaftliche Diskurs über die Folgen der Globalisierung sowie der neoinstitutionalistische Zugriff darauf vorgeben.<sup>9</sup> Dies ist in doppelter Hinsicht bemerkenswert. Es ergibt sich so nicht nur die Frage, worin die spezifischen Engführungen des neoinstitutionalistischen Zugriffs konzeptionell begründet sind, die augenscheinlich einen „toten Winkel“ in den Wahrnehmungen mit konstituieren. Es erhebt sich auch die Frage, woran es liegen mag, dass ausdrücklich konkurrierende konzeptionelle Zugriffe<sup>10</sup> letztlich zu ganz ähnlichen Ausrichtungen der empirischen Forschung führen.

In seiner „Soziologie der industriellen Beziehungen“ fasst W. Müller-Jentsch die „industriellen Beziehungen“ als „Organisations- und Institutionensystem zwischen Kapital und Arbeit“ das aus den „Klassenbeziehungen zwischen Kapital und Arbeit im 19. Jahrhundert“ heraus entstanden sei, ohne dass er dazu vertiefende institutionentheoretische Reflexionen anstellt (Müller-Jentsch 1986). In der Einleitung findet sich lediglich der Hinweis darauf, dass „das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit (...) in seiner Essenz konflikttheoretisch begründbar“ sei, sich hingegen „die regulierenden Institutionen und Mechanismen, in denen es sich heute vorwiegend manifestiert, (...) zwanglos der systemtheoretischen orientierten Analyse erschließen“

---

<sup>8</sup> Allerdings weitgehend ohne systematische Berücksichtigung der tatsächlich in den Konflikten Handelnden. Am prägnantesten entfaltet diesen objektivierenden systemtheoretischen Blick auf die Arbeit, an der er dann „alles Rebellische“ vermißt, D Baecker (2002) (kritisch dazu Wolf 2003).

<sup>9</sup> Dies gilt bis hin zu der Untersuchung von Schumann u.a. zum Modell 5000x5000 bei VW (SOFI 2004, Schumann u.a., 2005), also auch für die sich in Marx'scher Tradition sehende „kritische Industriesoziologie“, ausgeprägter aber sicherlich für Untersuchungen, die an neoinstitutionalistischen Konzepten orientieren. Exemplarisch findet sich am Beispiel von W. Streecks Interpretationen im Anschluss an die Anhörungen der zweiten Kommission Mitbestimmung (1998) eine Kritik dieser bemerkenswerte Verschiebung und Verengung des Blickwinkels, hier auf die allein noch unter Effizienzgesichtspunkten legitimierte Mitbestimmung, bei Martens (1999).

<sup>10</sup> Dabei dürfte der wichtigste konzeptionelle Unterschied darin liegen, dass Autoren wie M. Schumann oder D. Sauer Arbeitsforschung als „Kerngeschäft der Industriesoziologie“ ansehen (vgl. auch Kratzer u.a. 2006), während in den Analysen von W. Streeck und A. Hasel, W. Müller-Jentsch, oder zuletzt H. Minssen (2006) über System-, Organisations oder neoinstitutionalistische Bezüge im Grunde ein betriebssoziologischer an die Stelle eines arbeitssoziologischen Zugriffs tritt.

(a.a.O. 8). Der Bedarf nach institutionentheoretischer Fundierung ist offenkundig.<sup>11</sup> In der zweiten Auflage dieses Lehrbuches von 1997 findet sich ein neu eingefügtes Kapitel über theoretische Erklärungsansätze, das diesen Bedarf zu decken sucht. In ihm werden systemtheoretische, marxistische, institutionalistische, handlungstheoretische, ökonomische und erweiterte institutionalistische Ansätze abgehandelt. Bereits diese Gliederung läßt erkennen, dass der erweiterte institutionalistische Ansatz schließlich zum „Leitfaden für die Darstellung und Analyse der für dieses Buch relevanten Sachverhalte“ wird (Müller-Jentsch 1996,77). Dieser Ansatz ist „der Versuch einer theoretischen Verknüpfung von historischen Prozessen mit (je gegenwärtigen) institutionellen und verhandlungstheoretischen Komponenten der industriellen Beziehungen. Er trägt der Erkenntnis Rechnung, dass die Institutionen und Arenen Ergebnisse pfadabhängiger Entwicklungen und interaktiver Lernprozesse sind, welche – als „geronnene Interessenkompromisse“ – die weiteren Interaktionen der Akteure regulieren. Mit anderen Worten: Die aus den Interaktionen der Akteure hervorgegangenen Institutionensysteme konditionieren – im Sinne von ‚Begrenzen‘ und ‚Ermöglichen‘ – die in ihrem Rahmen stattfindenden Aushandlungsprozesse. Und diese wirken wiederum auf die institutionellen Rahmenbedingungen zurück und tragen zu deren Wandel bei“ (Müller-Jentsch 1997,82).<sup>12</sup>

Industrielle Konflikte tauchen in der zitierten, dieses Theoriekapitel abschließenden Formulierung also nur noch als „Aushandlungsprozess“ auf. Der industrielle Konflikt „als ein Grundtatbestand industriekapitalistischer Gesellschaften“ (Müller-Jentsch 1997,24) wird demgegenüber in einem vorausgehenden Abschnitt im Wesentlichen deskriptiv-empirisch behandelt. Er ist also nicht Gegenstand vertiefender theoretischer Reflexion. Dass ihm selbst strukturbildende Kraft zukommen könnte, wie bei M. Weber und G. Simmel z. B. selbstverständlich angenommen, von Marx nicht zu sprechen (vgl. ausführlich Martens 2007a, 125-135), ist nicht systematisch im Blick. Der soziale Konflikt ist; als industrieller Konflikt, immer schon funktional auf die ihm vorgegebenen institutionellen Rahmungen bezogen, die von daher in der Perspektive

---

<sup>11</sup> Einer Formulierung von G. Lehmann folgend (Lehmann 1996, 118f), verbindet der Neoinstitutionalismus Elemente von System- und Handlungstheorie. Seine Grundidee läuft im Bereich der Arbeits- und Industriesozilogie darauf hinaus, das System der industriellen Beziehungen als eine Konfiguration von kollektiven (insbesondere kooperativen) Akteuren mit je eigenen Handlungsressourcen, Zielen und Interessen aufzufassen. Auf der Folie institutioneller Gegebenheiten wird der Rahmen für zukünftige Entwicklungen, ähnlich wie bei W. Müller-Jentsch, als in hohem Maße pfadabhängig angesehen. Es wird erwartet, dass die kollektiven Akteure sich in diesem Rahmen bewegen. Die gegebenen Spielräume gelten als in beträchtlichem Maße durch die in der Vergangenheit ausgebildeten Strukturen, „vorgestanzten“ Situationsdeutungen und eingespielten strategischen Muster festgelegt.

<sup>12</sup> L. Pries (2005,22) spricht in einem einige Jahre später veröffentlichten Aufsatz davon, „neo-institutionalistische Ansätze (bewegten sich) eher im Rahmen von anthropologisch beeinflusster Organisationsforschung, von soziologisch beeinflusster Strukturationstheorie, von politikwissenschaftlich informierter Theorie strategischer Akteursgruppen und (Arbeits-)politik sowie von akteursorientierter Spieltheorie“. Aus seiner Sicht bewegt sich all dies im Rahmen einer „interdisziplinären Suche und Verwendung von dem Gegenstandsbereich von Arbeit, Wirtschaft und Beschäftigung angemessenen sozialwissenschaftlichen Theorien“ (ebd.).

eines „stabilen Wandels“ (Schelsky) gedacht werden. In Zeiten, in denen die gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen zunehmend darum geführt werden, ob Institutionen der überkommenen institutionell verfaßten Arbeitsgesellschaft weiter unter den Angriffen neoliberaler „Reformer“ geschleift werden, erscheint dieser Blickwinkel bemerkenswert eng.<sup>13</sup> Der Mitverfasser eines der seinerzeit richtungsweisenden Bücher einer „emphatischen Gewerkschaftstheorie“ (Wiesenthal 1988) ist so heute in einem Lehrbuch für eine nachwachsende Generation von Sozialwissenschaftlern bei einer Darstellung der industriellen Beziehungen als einer Ordnungswissenschaft angekommen.

Aus dem Gesagten folgt, dass der vorherrschende konzeptionelle Zugriff den Blick in hohem Maße auf die institutionellen Gegebenheiten fokussiert, also auf institutionelle Akteure und institutionell verfestigte Handlungs- und Deutungsmuster. Man kann hier einen aufschlussreichen Bezug zu M. R. Lepsius herstellen, wenn dieser nämlich in seiner Analyse der Soziologie als institutionalisierter „Dauerkrise“ feststellt: „Die Reformdebatte ist dominiert von konventionalisierten, fragmentierten Perspektiven, versehen mit institutionell bestimmten Kriterien.(...) Unser soziologisches Bewußtsein ist fragmentiert durch die institutionelle Ordnung, in der uns die sozialen Probleme entgegneten. Wir befreien uns nicht ausreichend, nach meinem Dafürhalten. Wir befreien uns nicht von den Problemdefinitionen, wie sie durch Institutionen geschaffen sind, obwohl sie keine plausible Relevanz für die soziologische Analyse haben.“ (Lepsius 2003, 26) Fragen nach einer Neukonstituierung von Politik, bzw. in diesem Feld v. a. von Arbeitspolitik, die in der von M. Schumann beschworenen Phase der „Deutungshoheit“ des Fachs von herausgehobener Bedeutung waren, werden bei diesem Zugang nachrangig. Bestimmend wird ein Analyserahmen, der die Grenzen des Blickfelds auf die institutionellen Akteure festlegt. Üblich sind am Ende fast immer drei Szenarien, wie einleitend schon am Beispiel des Gewerkschaftshandbuchs gezeigt. Bei W. Streeck (2001) finden sie sich analog in Bezug auf die industriellen Beziehungen insgesamt. Angesichts des Drucks der Globalisierung erscheint das Szenario der weiter fortschreitenden Erosion oder Zersetzung des überkommenen Institutionensystems regelmäßig als das wahrscheinlichste. Entsprechend fallen auch die Prognosen bei A. Hassel (2003) aus. Anders als etwa im institutionentheoretischen Diskurs in den deutschen Politikwissenschaften zu Beginn der 1990er Jahre wird der Blick nicht analytisch dafür geschärft, dass wir es hier, im Blick auf längere Zeithorizonte, immer mit Prozessen der Institutionalisierung, also ihrer stark prägenden Wirkung, aber auch ihrer Erosion oder eben ihrer (Neu)entstehung zu tun haben - ganz abgesehen davon, dass es an einem ausgefeilten analytischen Instrumentarium zum Verständnis solcher institutioneller Mechanismen mangelt, wie es im politikwissenschaftlichen Diskurs v. a. S. Rehberg (1994)

---

<sup>13</sup> Dabei unterschlage ich nicht, selbst diesen Blickwinkel auf institutionelle Reformen durch eine arbeitspolitische Erweiterung von Interessenvertretung im Ausgang der 1980er Jahre vorgeschlagen zu haben (vg. etwa Martens 1992, 141ff) Allerdings haben sich damals noch nahezu alle wissenschaftlichen Beobachter über den tiefgreifenden Charakter der gesellschaftlichen Umbrüche getäuscht.

vorgelegt hat.<sup>14</sup> Folgerichtig sind aus diesem engen industriesoziologischen Blickwinkel heraus auch keine Vorschläge in Richtung auf die Gewerkschaften als arbeitspolitische Akteure zu erwarten, die ihnen nahe legen, sich heute wieder stärker auf ihre Wurzeln als soziale Bewegungen zu besinnen.<sup>15</sup>

Wenn nun aber angesichts einer auf die Durchsetzung einer mehr oder weniger reinen Marktgesellschaft gerichteten neoliberalen Politik Gründe für die Annahme einer tiefgreifenden Erosionskrise unserer alten institutionellen Arbeitsgesellschaft angeführt werden können und zunehmend mehr Beobachter sogar von einem Epochenbruch sprechen (Wolf 2006, s.u.), liegt es auf der Hand, dass der neoinstitutionalistisch geleitete Blick zu höchst problematischen Verengungen führt.

### **3. Epochenbruch, neue Politik der Arbeit sozialer Konflikt und soziale Innovation**

Die Rezeption von Konflikten, wie sie B. Rehder untersucht hat, vollzieht sich im öffentlich-politischen wie auch in weiten Teilen des wissenschaftlichen Diskurses unter der Prämisse einer unausweichlichen Anpassung an eine forcierte Entbettung der kapitalistischen Marktökonomie. Globalisierung erscheint aus diesem Blickwinkel als unausweichlicher systemischer Prozess. Schon ein zu erwartendes Spannungsverhältnis von De- und Reinstitutionalisierung (vgl. Lepsius 2003) wird kaum explizit zum Thema der Globalisierungsdebatte. Der Glaube an neue Beschäftigungseffekte infolge einer durch zusätzliche Kostenentlastung und Deregulierung weiter entbetteten Wirtschaft und die Fähigkeit und Bereitschaft der Menschen, sich, nun ausgestattet mit den unternehmerischen Freiheiten von „Arbeitskraftunternehmern“ den Zwängen einzelwirtschaftlicher Rationalität unterzuordnen, scheint ungebrochen - gerade so als seien die Versprechen einer „neuen Arbeit“, exemplarisch vorgeführt in den dynamischsten Bereichen einer neu entstehenden informational Ökonomie, von der

---

<sup>14</sup> Das gilt z.B. im Hinblick auf die Bedeutung eines meist komplexen Bündels institutioneller Leitideen (angelehnt an Hauriou (1965) und deutlich zu unterscheiden von heutigen Leitbildkonzepten), oder auch im Hinblick auf die Dimension der Macht, die in Institutionalisierungsprozessen systematisch wirksam ist und ebenso systematisch im Ergebnis ihres Erfolgs verdeckt wird. Es ist vor dem Hintergrund dieser theoretischen Verengung dann auch folgerichtig gewesen, dass einschlägige industriesoziologische Untersuchungen zum Transformationsprozess im Zuge der deutsch-deutschen Vereinigung regelmäßig ein Konzept des Institutionentransfers zugrunde gelegt haben (Vgl. Schmidt/Lutz 1995), wo sich unter Einbeziehung der Handlungsperspektiven der ostdeutschen Akteure eher die Frage nach neuen, eigenständigen Institutionalisierungsprozessen gestellt hätte (Kollmorgen 1996, Martens 1996).

<sup>15</sup> Einen solchen Vorschlag hat, wie schon erwähnt, 2003 der Historiker J. Kocka unterbreitet (Kocka 2003). Allerdings hat er dann nicht weiter ausgeführt, wie Gewerkschaften dies bewerkstelligen könnten, die inzwischen längst zu ziemlich erstarrten Institutionen geworden sind und sich daher angesichts unhintergebar institutioneller Zwänge dem Dilemma einer „Doppelstrategie“ ausgesetzt sehen, das sich heute sehr viel schärfer stellt als in den 1970er Jahren (vgl. Martens 2005a).

Krise der „New Economy“ seit 2001 völlig unberührt geblieben – ganz zu schweigen von den seither rasch fortschreitenden Prekarisierungen von Arbeit (Dörre 2006), nicht nur an den Rändern des Systems der Erwerbsarbeit. Die Hegemonie des „neoliberalen Einheitsdenkens“ (Bourdieu) scheint insoweit ungebrochen, aber sie ist doch, wie jede Hegemonie, immer auch prekär.

Im innerwissenschaftlichen Diskurs ist die Frage nach Lösungen u. a. mit der um neue Formen sozialwissenschaftlicher Wissensproduktion verknüpft. Dort wo dieses Konzept besonders radikal vertreten wird (etwa Nowotny u.a. 1999), läuft es auf die Zurücknahme jeglichen Wahrheitsanspruchs hinaus, der über innerwissenschaftliche Kriterien verbürgt werden könnte.<sup>16</sup> Mag die Intention hier auch noch so sehr sein, „robuste Wahrheiten“ im Dialog von Wissenschaft und Praxis im öffentlichen Raum herzustellen, so läuft die Betonung von Kontextabhängigkeit und gesellschaftlichen Nützlichkeitskriterien vor innerwissenschaftlichen Gütekriterien doch allzu leicht auf eine Anpassung an die in den jeweiligen Kontexten jeweils mächtigsten gesellschaftlichen Interessen hinaus. Denn die Frage, was als nützlich gelten soll, muss dann ja in jedem einzelnen Fall entschieden werden und die jeweils beteiligte wissenschaftliche „Wissensarbeit“ begibt sich im Falle dieser radikalisierten Position aller eigenen und besonderen Grundlagen zur Beantwortung dieser Frage. Sie beraubt sich letztendlich selbst ihrer Legitimation.

In anderen innerwissenschaftlichen Diskursen, wird von wichtigen und sehr ernst zu nehmenden Autoren zur gleichen Zeit die Krisenhaftigkeit der ablaufenden gesellschaftlichen Prozesse nachdrücklich hervorgehoben. R. Castel (1995/2000) hat schon vor zehn Jahren in seiner Analyse der „Metamorphosen der sozialen Frage“ konstatiert, dass auch dann, wenn wichtige Voraussetzungen für neue soziale Bewegungen fehlten, ein sich Fügen der von den fortschreitenden Erosions- und Exklusionsprozessen Betroffenen nicht einfach voraussetzen und deshalb mit zunehmender Anomie und Gewalt zu rechnen sei. Z. Bauman (1999) zeigt in seiner Analyse der Krise der Politik, dass gerade im öffentlichen Raum - auf der Agora also, wo Nowotny u. a. die Chance zur Herstellung „robuster Wahrheiten“ im Wege neuer Formen der Wissensproduktion sehen - der demokratische Prozess der Herstellung von Meinungsbildung und Mehrheiten zunehmend Schaden genommen hat. Der Raum der Politik als Raum der Freiheit (Arendt 1993) erscheint im Licht solcher Analysen gefährdet. Zugleich laufen seine Analysen darauf hinaus, keine Anknüpfungspunkte für sich möglicherweise formierende Widerstände identifizieren zu können.<sup>17</sup>

---

<sup>16</sup> Eine systematische Auseinandersetzung mit dem von Nowotny u.a.(1999, 179ff) selbst als dem epistemologischen Kern ihrer Begründung einer „mode 2 Gesellschaft“, die durch eine radikale Kontextualisierung von Wissen und zugleich den Verlust eines innerwissenschaftlich begründbaren Wahrheitsanspruches gekennzeichnet sei, ist an dieser Stelle nicht möglich. Vgl. dazu Martens 2007a, 37- 40 und 141 – 146).

<sup>17</sup> In einer gewissen Analogie spricht R. Sennett (2006) im Blick auf die US-Amerikanische Gesellschaft von einer „Passivitätskrise“, setzt dann aber noch auf soziale Prozesse eines umfassenden gesellschaftlichen Bewußtseinswandels, in denen er den Gewerkschaften eine potentiell bedeutende Rolle zuweist.

Diagnostiziert werden absehbare krisenhafte Prozesse und „iatrogene Beschwerden schlimmster und grauenhaftester Art“ (Bauman 1999,16). Dem gegenüber stehen in den Politikwissenschaften zwar auch Einschätzungen einer weitgehend ungebrochenen Zuversicht angesichts einer weltweit zunehmenden Durchsetzung demokratischer Regierungsformen (Fukuyama 2000). Sie scheinen soziologischen Analysen zu entsprechen, die für die fortgeschrittenen westlichen Gesellschaften einseitig die Potentiale einer Befreiung in der und durch die „neue Arbeit“ akzentuieren.<sup>18</sup> Doch nehmen die Anzeichen für eine wachsende Konflikträchtigkeit der zugrunde liegenden Entwicklungen zu – in der Arbeitswelt auf dem Feld der auf sie gerichteten Arbeitspolitik und ebenso in anderen Bereichen gesellschaftspolitischer Entwicklung.

In den Nachrichtenteilen und den Feuilletons der Tageszeitungen häufen sich Berichte und Analysen, die eine konflikträchtige tiefe Klassenspaltung innerhalb der fortgeschrittenen westlichen Gesellschaften signalisieren. Das reicht von periodisch auftretenden, häufig ethnisch überlagerten, Konflikten in zunehmend schärfer abgegrenzten und getthoiserten Bereichen der Gesellschaft, etwa in der Ansammlung von Cités im Gürzel der Pariser Vorstädte, die sich im Herbst 2005 zu geradezu zerstörerischen Konflikten aufzuschaukelten (Kohl 2005, Meister 2005), von Berichten über Rassenkrawalle in britischen Großstädten (Nonnenmacher 2005), über Analysen zur Bereitschaft der Berichterstatter in den Medien, im Falle eines krisenhaften Zusammenbruchs der Ordnung in getthoiserten Bereichen am Rande der Gesellschaft, sogleich den Ausbruch des Chaos zu befürchten und entsprechende Gerüchte weitgehend ungeprüft als Nachrichten unter die Leute zu bringen (Zizek 2005) bis hin zur Berichterstattung über die folgerichtige Errichtung homogener und gesicherter Wohngebiete für die Reichen<sup>19</sup>, und zu den unverkennbar schwieriger gewordenen Versuchen, auch höhere Mauern gegenüber den Nachbarländern der hochentwickelten, zunehmend postindustriell geprägten fortgeschrittenen westlichen Gesellschaften zu errichten. M. Castel und Z. Bauman könnten ihre Prognosen angesichts aktueller Entwicklungen im Jahre 2005 in vielerlei Hinsicht bestätigt sehen. Die Konflikträchtigkeit der neoliberalen TINA-Politik äußert sich aber auch in der Bundesrepublik, in der ethnisch überlagerte Konflikte bislang nicht in gleicher Weise eine Rolle spielen. So gab es im Sommer und Herbst 2004 den Versuch einer Neuauflage der Montagsdemonstrationen. Die von dem Dokumentarfilmer M.Keßler nachgezeichnete „neue Wut“ ([www.neuewut.de](http://www.neuewut.de)), von der aus es dann auch eine Entwicklungslinie hin zur Gründung der WASG gegeben hat, schien den öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern immerhin so brisant, dass sie diesen Film jedenfalls im Vorfeld der vorgezogenen Bundestagswahl nicht ausgestrahlt haben (Löhe 2005). In einzelbetrieblichen Konflikten im Zusammenhang drohender Entlassungen, wie denen die B. Dreher un-

<sup>18</sup> Beispielhaft, geschrieben noch vor dem Ende des Hype, die euphorische Feier der Befreiung durch die sogenannte New Economy, gerade auch in der Sphäre der Arbeit selbst, das Buch von Deckstein und Felixberger (2000).

<sup>19</sup>Z. Baumann, der solchen neuerlichen Segregationstendenzen innerhalb der „flüchtigen Moderne“ unter der Überschrift „Gemeinschaft“ ein ganzes Kapitel widmet, spricht von diesen Inseln der Reichen als „der Vorstellung einer Insel heimeliger und beschaulicher Ruhe in einem feindlichen und turbulenten Meer“ (Bauman 2003, 214).

ter spezifisch einschränkendem Blickwinkel analysiert, aber auch etlichen weiteren, äußert sich seither eine wachsende Konflikträchtigkeit u. a. darin, dass einzelne manifest gewordene Konflikte um einen einschneidenden Abau von Arbeitsplätzen angesichts schwindender sozialer Sicherung deutlich an Schärfe gewonnen haben, wie der erwähnte Film am Beispiel des Streiks bei Opel Bochum im Herbst 2004 überzeugend dokumentiert hat. Mit der jüngsten Debatte um die ‚soziale Unterschicht‘ sind die fortschreitenden gesellschaftlichen Segregationsprozesse auch in der Politik wieder angekommen. Auseinandersetzungen um die sozialen Sicherungssysteme selbst sind in verschiedenen europäischen Ländern heftiger geworden. In der Bundesrepublik etwa haben die Demonstrationen vom 21.10. 2006 signalisiert, dass Spannungen zunehmen und die Gewerkschaften nach neuen Handlungsansätzen suchen, um dem gerecht zu werden. Vor dem Hintergrund von zunehmender Prekarität und drohender Perspektivlosigkeit im Inneren gewohnter nationalstaatlich regulierter Arbeits- und Lebensräume ist schließlich auch die Erweiterung supranationaler politisch gestalteter Räume auf Widerstände gestoßen, wie an den Plebisziten zur europäischen Verfassung in Frankreich und den Niederlanden zu beobachten war. Man kann deshalb begründet davon ausgehen, dass wir es in naher Zukunft vermehrt mit sozialen Konflikten als sozialen Tatsachen zu tun bekommen werden. Es wäre deshalb ignorant, dem Problem des sozialen Konflikts nicht größere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Die Gewerkschaften versuchen, diesen Entwicklungen mit eigenen sozialinnovativen Ansätzen Rechnung zu tragen, die v.a. im Kernbereich ihres arbeitspolitischen Handelns ansetzen<sup>20</sup>. A. Schild, IG Metall Bezirksleiter im Bezirk Frankfurt, begreift so z.B. die IG-Metall-Konzepte „gute Arbeit“ und „besser statt billiger“ als Innovationsstrategien, anknüpfend an die Analysen des „neuen Kapitalismus“ im Zeichen eines entfesselten Marktdrucks. Er verweist dabei allerdings auf Ambivalenzen: „Besser statt billiger“ könne gerade im Falle des Erfolgs als betriebspolitisches Konzept auch zu einer Gefahr für „gute Arbeit“ werden, weil es sich als „Promotor betrieblicher Standortstrategien (...) in Gänze der Wettbewerbslogik sowie der wachsenden Vermarktlichung innerbetrieblicher Sozial- und Arbeitsbeziehungen“ unterwerfe (Schild 2005, 175f). Beide Konzepte müssten daher miteinander verbunden werden und die Gewerkschaften bräuchten „ein strahlkräftiges Bild unseres Gesellschaftsentwurfs, eine gewerkschaftliche Vorstellung, einen eigenen Begriff von Wettbewerbsfähigkeit“(a.a.O. 176). Erste Erfahrungsberichte von Gewerkschaftspraktikern verweisen darauf, dass Initiativen wie „besser statt billiger“ betrieblich von den Beschäftigten als offensiver Schritt und nicht als bloße ‚Verzichtsverhandlungen‘ erlebt werden, dass Beteiligung von Beschäftigten in ihnen gelingt und dass es zu Ta-

---

<sup>20</sup> Konzeptionell besonders weitgehend waren Versuche der IG BAU, Nachhaltigkeit zum Fokus einer Reorientierung gewerkschaftlicher Arbeitspolitik zu machen. Unter dem Druck massiver Mitgliederverluste sowie angesichts einer zunehmenden neoliberalen Umdeutung von Nachhaltigkeit im gesellschaftspolitischen Diskurs (Paust-Lassen, Wolf 2001) gelang es der Gewerkschaft allerdings nicht, zunächst einen internen Dialog zu entfalten, in dem v. a. auch soziale Nachhaltigkeit stärker hätte profiliert werden können, um so dann auch gesellschaftspolitisch wieder stärker in die Offensive zu gelangen (Ammon u.a. 2006).

rifverträgen kommt, die mit Regelungen zu Bedingungen von Kündigungen oder Investitionen weit in Eigentumsrechte der Unternehmer reichen, die konservative Arbeitsrechtler für fragwürdig halten dürften. Insofern entsteht hier, solchen Berichten zufolge,<sup>21</sup> Neues. Aber noch Mitte der 1990er Jahre war die Klage über eine ungeschlossene „Beteiligungslücke in der Betriebspolitik“ bei allen Gewerkschaften im DGB allgemein (Martens 1997a, 37ff). Ob und wie hier Fortschritte möglich sind, ist also für die Forschung eine arbeitspolitisch wichtige Frage,<sup>22</sup> mit der zugleich alte Fragen nach dem inneren Zusammenhang von Gewerkschaften als Institutionen und Teil sozialer Bewegung oder nach gewerkschaftlichen Doppelstrategien theoretisch neu aufgeworfen sind (vgl. Martens 2005a). Die Gewerkschaften bemühen sich um Neuansätze ihrer Arbeitspolitik, die mit dem von B. Rehder aufgespannten Analyse-rahmen keinesfalls angemessen zu erfassen sind. Zugleich nimmt die Zahl betrieblicher Abwehrkämpfe gegen die Folgen der neoliberalen Modernisierung zwischen eher defensiven Streiks um „Sozialtarifverträge“ und eher offensiven Initiativen um die Gestaltung von Konzernstrategien zu.<sup>23</sup> Auch für solche Konflikte kann gezeigt werden, dass es den in ihnen Handelnden – Belegschaften, Betriebsräten, gewerkschaftlichen Aktiven – um wesentlich mehr geht als um die Bewältigung von Legitimationsproblemen der betrieblichen Interessenvertretungen<sup>24</sup> In jedem Fall aber belegt der aktuelle innergewerkschaftliche Diskurs ein intensives Nachdenken über neue arbeitspolitische Initiativen, die mit dem von B. Dreher vorgeschlagenen Bezugsrahmen für die Analyse neuer betrieblicher Konflikte nicht erfaßt werden können.

Meine Frage nach einer neuen Politik der Arbeit ergibt sich demgegenüber zum einen im Zusammenhang von Analysen zur Krise der Politik, wie sie etwa Z. Bauman (1999,2003) vorgelegt hat. Ich werfe sie weiterhin vor dem Hintergrund einer übergreifende Hypothese auf, die dahin geht, dass wir heute in den Zeiten eines wirkli-

---

<sup>21</sup> Ergebnisse wissenschaftlicher Evaluationen liegen bislang nicht vor. Die erwähnten Erfahrungsberichte stammen von verschiedenen WissenschaftlerPraktiker-Tagungen im Herbst 2006.

<sup>22</sup> Mitte der 1990er Jahre hat die IG Metall erfolgreiche Modellprojekte einer „Beteiligungsorientierten gewerkschaftlichen Betriebspolitik“ entwickeln können, bei denen es auch schon um die Schaffung von 'Win-Win-Situationen und die Entwicklung von Projektmanagement in der Betriebsratsarbeit ging (Frerichs/Martens 1999). Was ihr aber nahezu überhaupt nicht gelang, war die Übertragung dieser Modellprojekte auf weitere Betriebe.

<sup>23</sup> Beispiele für solche Auseinandersetzungen um „Sozialtarifverträge finden sich etwa im Nürnberger Werk der AEG im Januar/Februar 2006 oder im Zuge der drohenden Stilllegung von Orenstein&Koppel in Berlin, ebenfalls im Winter 2005/ 2006. Neben dem erwähnten Siemenskonflikt vom Sommer 2002 bis zum Februar 2004 ist auch die Auseinandersetzung um die Stilllegung der Reifenproduktion im Werk Stöcken der Continental AG ein Beispiel für gewerkschaftlicherseits offensiv geführte Auseinandersetzungen um Konzernstrategien. Die jüngsten Auseinandersetzungen um Siemens BenQ, Bosch-Siemens Hausgeräte (BSH), EAD, oder im Dienstleistungsbereich die Entwicklungen bei der Allianz AG im Herbst 2006 stützen die generellere Vermutung, dass erhebliche latente Konfliktpotentiale zunehmend virulent werden.

<sup>24</sup> Vgl. etwa die Analyse des Konflikts im Werk Hoffmannstr. Der Siemens AG in den Jahren 2002 bis 2004 bei Martens 2006.

chen „Epochenbruchs“ leben (Scholz u.a. 2006, Wolf 2006, Martens 2007a). Diese Hypothese wird von einer wachsenden Zahl von WissenschaftlerInnen vertreten, wobei die genaueren damit verbundenen Vorstellungen unterschiedlich sein mögen.<sup>25</sup>. Von mir wird der Begriff, im Anschluss an F. O. Wolf, nicht „stadientheoretisch“ gedacht – also etwa in dem Sinne, dass heute auf den Fordismus (tayloristische Massenproduktion und Massenkonsum, keynesianisch eingebettete kapitalistische Marktökonomie, Sozialstaatlichkeit demokratisch verfaßter Gesellschaften) der mehr oder minder fertige Post-fordismus folgt. Ich würde aber bei Betonung von Kontinuität kapitalistischer Produktionsweise und Herrschaftsverhältnisse (Wolf 2002), Veränderungen fast aller der prägenden Merkmale der stabilen Entwicklung in den ersten Nachkriegsjahrzehnten sehen. Beispielhaft wären zu nennen:

- Ende der bipolaren Weltordnung – Allenthalben entfesselte Marktökonomie,
- Trennung von Management und Eigentum – Neues Primat des Shareholder-Value,
- Nationalstaatliche Überformung der global business regulation – transnationale Konzerne als deren driver,
- Keynesianische Globalsteuerung (Staat) – Mikroökonomische Feinsteuerung (Unternehmen),
- Sozialstaatlich gestützte Normalarbeit (männlich) und relativ geringe Einkommensspreizung – Pluralisierung der Lebensstile, Polarisierung der Einkommen, Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse (ausführlich Wolf 2006, 182ff).

Es sind sowohl politische Entscheidungen (z.B. Bretton Woods), ökonomische Interessen, als auch technologische Veränderungen (IuKTechnologien) wie auch das Aufkommen neuer sozialer Bewegungen (Frauenbewegung, Ökologiebewegung), die

---

<sup>25</sup>Die These des Epochenbruchs knüpft zunächst an die aktuellen Debatten über das Ende des Fordistischen Regulationsmodells, die Metamorphosen der sozialen Frage und der Arbeit an (Liepietz 1993, Aglietta 2000, Castel 2000, Dörre u.a. 2003). Aus ihr folgt im Blick auf die Regulationsfrage, dass es keinen einfachen Weg zurück zu einer keynesianischen Wirtschaftspolitik nach dem Muster der späten 1960er und frühen 1970er Jahre gibt. Innerhalb der Gewerkschaften - und auch der Sozialdemokratie, dort allerdings deutlich minoritär (Müller 2004), wird dazu z.Z. deutlich eine Gegenposition vertreten. Die These des Epochenbruchs wird aber mittlerweile nicht nur im Kontext der Diskussionen um das Ende des fordistischen Regulationsmodells diskutiert (Mit Bezug v.a. darauf Wolf 2004). H. Wiesenthal (1998) hat schon früh von der „Globalisierung als Epochenbruch“ gesprochen (ebenso P. Gärtner 2004), Psychologen wie Soziologen diskutieren das Heraufziehen der Postmoderne als Anbruch einer neuen Epoche (Kuhrana/Müller2004) oder als radikal verändernde „Neuausrichtung der Moderne“ (Bauman 2003), wobei die neue „flüchtige“ der alten „schweren“ Moderne gegenübergestellt wird. Die These wird mit entsprechend unterschiedlichen Akzentsetzungen, gleichermaßen von Kritischen Autoren (etwa R. Schmiede 2006 a u. b, Negt 2006) vertreten oder als weiterführend erachtet, wie auch von Beobachtern mit sozialkonservativer Orientierung verwendet, die innerhalb des Mainstreams des neoliberalen Diskurses radikalere Antworten auf die Gefährdung der Wettbewerbsposition der fortgeschrittenen westlichen Länder fordern. M. Miegel (2005) spricht z.B. in diesem Sinne von einer „Epochenwende“. Eine systematische Erörterung der These innerhalb des kritischen sozialwissenschaftlichen Diskurses findet sich in den Debatten des Forums Neue

zu diesen Veränderungen geführt haben, die heute zu neuer Gestaltung herausfordern. Im Zuge des Wissenschaftler-Praktiker-Dialogs des Forums Neue Politik der Arbeit hat sich diese Hypothese des Epochenbruchs in den beiden vergangenen Jahren als hochgradig produktiv erwiesen und zu einer immer besser abgestützten These verdichtet ([www.forum-neue-politik-der-arbeit.de](http://www.forum-neue-politik-der-arbeit.de)), Scholz u.a. 2006, 180-269). Wenn man in ihrer Verfolgung von der weiteren Annahme ausgeht, dass auch die sich abzeichnende, zunehmend postindustrielle Moderne eine arbeitsgesellschaftliche bleiben wird, weist man die diversen konkurrierenden Konzepte der „Risiko-, Wissens- oder Mode 2 Gesellschaften“ als überzeichnende Akzentuierungen von Neuem zurück, wie dies auch einschlägige Autoren innerhalb des industriesoziologischen Diskurses tun (vgl. etwa Schumann 2002, Kratzer u.a. 2006).

Die empirische Erforschung von industriellen Konflikten, überhaupt des wirklichen Handelns von betrieblichen Interessenvertretungen und Beschäftigten(gruppen) im Kontext innovativer arbeitspolitischer gewerkschaftlicher Ansätze angesichts der ablaufenden Umbruchprozesse, findet derzeit aber noch kaum statt.<sup>26</sup> Wissenschaftliche Beobachter, die diese Prozesse wesentlich unter dem Blickwinkel institutioneller Akteure und einer Erosion überkommener institutionalisierter Bewältigungsmuster betrachten, haben erhebliche Schwierigkeiten damit, Konturen einer neuen, vielleicht „nachfordistischen“ Arbeitspolitik zu umreißen. Gängig sind die oben genannten Szenarien. Andere Autoren, die ganz explizit „widersprüchlichen Effekten der Entgrenzung und Institutionalisierung im deutschen System der industriellen Beziehungen“ nachgehen (Heidling u.a. 2004, Deiß/Schmierl 2005,295), dabei aber im Wesentlichen auch nur die Ebene institutioneller Akteure im Blick haben, sprechen zwar davon, dass Prozesse der Entgrenzung (von Arbeit) immer auch zu neuen Grenzziehungen führen (müssen), kommen dann aber nur zu sehr unscharfen Aussagen darüber, dass „veränderte Grenzbildung ambivalente Wirksamkeit entfaltet“ (Deiß/Schmierl 2005, 310), dass „Macht- und Rechtspositionen (...) der Akteure der Interessenvertretung (...) über die gesellschaftlich strukturierende Kraft und den Einfluss des Systems industrieller Beziehungen entscheiden“ (ebd.) und dass „das Gefüge von Grenzziehungen im System der industriellen Beziehungen (...) sich aber auch als Korsett erweisen (kann), wenn dadurch Handlungsoptionen erschwert oder verbaut werden“ (a.a.O. 311). Die Vagheit solcher Aussagen bestätigt eine schon im Jahre 2002 getroffene Einschätzung, dass „der Versuch zu (...) Ansatzpunkte(n) einer Arbeitspolitik nach dem Ende des Fordismus“ zu kommen im Falle der Konzentration „auf die bestehenden institutionellen Strukturen (...) wohl ein frühes Ende“ fände (Martens 2002, 119). Die Debatte um Grenzkonflikte der Arbeit, die mittlerweile eingesetzt hat, kann als Beleg für diese Auffassung genommen werden (Peter 2007).

---

Politik der Arbeit (Scholz u .a. 2006, 180.261), [www.forum-neue-politik-der-Arbeit.de](http://www.forum-neue-politik-der-Arbeit.de)) sowie den von den Initiatoren dieses Forums verfaßten „Spandauer Thesen“ (ebd.) und

<sup>26</sup> In der aktuellen Debatte um eine Krise der Industriesoziologie wird ein Ausschnitt der Kontroverse gerade darüber geführt, ob und mittels welcher Theorieangebote auch handlungstheoretisches Potential für entsprechende empirische Untersuchungen genutzt werden kann (vgl. insbesondere die Beiträge von Maurer 2004, Pfeiffer/Jäger 2006).

Es geht nun aber nicht darum, gegen die hier konstatierte institutionelle Wendung der Industriesoziologie für eine Rückkehr zu konflikttheoretischen Ansätzen im Rahmen neomarxistischer Konzepte zu plädieren, wie sie die industriesoziologische Forschung der 1970er Jahre mit beeinflusst haben. Nicht wenige wissenschaftliche Beobachter meinten seinerzeit, mit einem Wiederaufbrechen von Klassenkämpfen in Westeuropa konfrontiert zu sein (Crouch; Pizzorno 1977, Brandt 1978). Diese Konjunktur war kurz. Neomarxistische Konzepte behaupteten in ihr für einige Jahre gegenüber eigenständigen konflikttheoretischen Ansätzen das Feld, die kritisch an „bürgerliche“ Konflikttheorien (in der Traditionslinie Weber (1956), Simmel (1968), Coser (1965), Dahrendorf (1957) anzuknüpfen suchten (Pöhler 1970, Pöhler/Neuloh 1977). Sie verschwanden dann in dem Maße, in dem sich die damals noch bemerkenswert große Stabilität der fortgeschrittenen kapitalistischen Marktökonomien als praktisch wirksam erwies. Zu deren besserem Verständnis wurden im innerwissenschaftlichen Diskurs später neoinstitutionalistische und systemtheoretische Konzepte als aussichtsreich angesehen und durchgesetzt.

Das damalige, seinerzeit allerdings nicht voll entfaltete, Konzept W. Pöhlers nahm Überlegungen zur „konfliktsimulierende Funktion der Wissenschaft“ auf, die C. v. Ferber (1970) in Auseinandersetzung mit M. Weber als eine ihrer drei Funktionen (neben der instrumentell-technischen und der emanzipatorischen Funktion) im Sinne der Vereinbarkeit von Forschung und Beratung formuliert hat. W. Pöhler hat sie seinerzeit, in einer Phase, in der die „kritische Industriesoziologie“ in Anknüpfung an neomarxistische Ansätze ein Wiederaufbrechen von Klassenkonflikten erwartete, dahingehend gewendet, dass er dazu aufforderte, den (offenen und verdeckten) sozialen Konflikt zum Hauptaspekt industriesoziologischer Forschung zu machen (Pöhler 1970, Pöhler/Neuloh 1977, 39). Der Vorschlag war orientiert auf die Erreichung einer größeren Praxisrelevanz des Fachs und zielte zugleich auf nicht weniger als einen Paradigmenwechsel (Kuhn 1962) auf der Ebene einer Theorie mittlerer Reichweite. Pöhler bezog sich dazu auf sozialphänomenologische (E. Husserl; Popitz/Bahrtdt) sowie, dem damaligen Stand der theoretischen Debatten entsprechend an T. Parsons angelehnt, auf strukturell-funktionale Konzepte (Pöhler 1969 und 1970, Martens 1994, Martens 2007a). Anders als in der sehr grundsätzlich abweisenden Kritik an Konflikttheorien von Coser und Dahrendorf, etwa bei Adrono/Jaerisch (1972), wollte er diese Ansätze über sich selbst hinaustreiben. In der Absicht, die Konflikthaftigkeit der damaligen Modernisierungsprozesse in das Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken ging es ihm darum, die Subjektivität der Konfligierenden praktisch und konzeptionell stärker in den Blick zu nehmen (vgl. zuerst v. Ferber 1959, Baldamus 1960) - verbunden mit dem Anspruch auf die Gestaltung von Wandel.<sup>27</sup> Praktisch fand das seinen Niederschlag darin, dass sie zu Adressaten und Partnern von Forschung und Beratung wurden, konzeptionell im Rückgriff auf phänomenologische Konzepte (vgl. auch Pöhler 1991). „Die Handelnden auf die Bedingungen verweisen, an die sie ge-

---

<sup>27</sup> Und um die Gestaltung von Wandel und nicht um das Aufbrechen von Klassenkonflikten ging es damals in der Tat.

bunden sind“ (Pöhler 1970) war der Anspruch dieser konflikt-simulierenden Arbeitsforschung.

Im Lichte der hier nur knapp umrissenen konzeptionellen Überlegungen<sup>28</sup> lassen sich keine mehr oder weniger eindeutigen Prognosen formulieren, aber es lassen sich neue Perspektiven eröffnen, die nicht bei den üblichen wissenschaftlich begründeten Szenarien stehen bleiben müssen. Gerechnet wurde damals – und zu rechnen ist wie gezeigt heute – mit einer wachsenden Konfliktträchtigkeit der ablaufenden Prozesse und mit einer großen Offenheit von Funktion und Folgen solcher Konflikte für die weitere Entwicklung.<sup>29</sup> Es lassen sich dann über eine vertiefende Analyse innovativer und primärer arbeitspolitischer Handlungsansätze sehr wohl relativ präzise Vorstellungen davon entwickeln, welche Handlungsoptionen unterschiedlichen institutionellen, und primären arbeitspolitischen Akteuren (s. u.) , heute offen stehen könnten, welche Handlungsgrenzen sie bislang daran hindern, diese Optionen tatsächlich zu ergreifen und ob es Anhaltspunkte dafür gibt, dass diese Handlungsgrenzen doch überschritten werden könnten. Vor diesem Hintergrund besteht heute zum einen ein wachsendes theoretisches Interesse daran, ältere, z. T. unentfaltet gebliebene konzeptionelle Ansätze von neuem zu sichten und zu prüfen, über welche Leistungsfähigkeit sie im Hinblick auf ein besseres Verständnis heute neu aufbrechender Konflikte (potentiell) verfügen. Zum anderen ziehen virulent werdende Konflikte als soziale Tatsachen neue Aufmerksamkeit auf sich. Dass empirisch fundierte Aufschlüsse über Entwicklungsoptionen im Wege ihrer Analyse zu suchen sind, liegt nahe. Soziologischen Klassikern wie M. Werber und G. Simmel jedenfalls war die strukturbildende Funktion sozialer Konflikte noch selbstverständlich.

#### **4. Für eine Politikwissenschaftliche, arbeitspolitische Erweiterung des Bezugsrahmens**

Entsprechende Konfliktanalysen erfordern Interdisziplinarität. Es liegt auf der Hand, dass konkrete Analysen arbeitspolitischer Konflikte mit dem Anspruch, die in ihnen

---

<sup>28</sup> Zu einer systematischen Rekonstruktion des seinerzeit an der sfs unentfaltet gebliebenen „konfliktsoziologischen Ansatzes“ – unter Bezug auf die damaligen Debatten vgl. Martens 2007a, 122-135).

<sup>29</sup> Konflikte sind nach M. Weber im Hinblick auf soziale Strukturen und Prozesse nicht nur funktional, dysfunktional oder nichtfunktional zu interpretieren, sondern im Hinblick auf ihre strukturbildenden Leistungen. Im Prozess der Vergesellschaftung als Prozess sozialer Rationalisierung ist es auf diese Weise auch möglich Institutionen als lediglich einen Typ der Strukturbildung zu bestimmen. G. Simmel begreift den Konflikt als eine Erscheinung, die „ohne Rücksicht auf seine Folge und Begleiterscheinungen, eine Vergesellschaftung ist“ (Simmel 1968, 186). Der Konflikt kann also auch hier nicht einfach als funktional oder dysfunktional, positiv oder negativ definiert werden. Seine Bewertung kann nur im Kontext der zugrundeliegenden Widersprüche und Formen sozialer Wechselbeziehungen – in denen er sich realisiert – erfolgen. Vorgängige Bewertungen sind abgeschnitten (vgl. Pöhler 1976, 15).

Handelnden auf die Bedingungen zu verweisen, an die sie gebunden sind, nur aussichtsreich sein können, wenn neben der industriesoziologischen auch die politikwissenschaftliche, die ökonomische und ggf. auch eine technisch-ingenieurwissenschaftliche Dimension berücksichtigt werden. Die „gesellschaftlichen Tatsachen ‚gehören‘ nicht allein der Soziologie“, wie C. v. Ferber 1997, 144) in seiner Bilanzierung empirischer Sozialforschung vor zehn Jahren pointiert formuliert hat. Und eine Schwäche einzeldisziplinärer Zugriffe liegt, so argumentiert er weiter, darin, „immer mehr von immer weniger zu wissen“ (ebd.).<sup>30</sup> Ein Grund für Schwächen der arbeits- und industriesoziologischen Behandlung der aktuellen Umbrüche hat so z. B. damit zu tun, dass ein differenziertes Verständnis neuer, arbeitspolitischer, Ansätze voraussetzt, über einen entsprechenden Politikbegriff zu verfügen.

Hier ist zunächst daran zu erinnern, dass der Begriff der Arbeitspolitik zu Anfang der 1980er Jahre von politikwissenschaftlicher Seite (Naschold 1985) in den industriesoziologischen Diskurs eingeführt wurde, in dem dieser Innovation zuvor die labour-process-debate (Burawoy 1982), anknüpfend an die Marx'sche Analyse des Transformationsproblems, zugearbeitet hatte. Es war der Versuch, eine mehrjährige Debatte um die Möglichkeiten einer Humanisierung der Arbeit (Pöhler/Peter 1982) innovativ zusammenzufassen. Gewisse Unschärfen, haben in der weiteren Entwicklung zu einem uneinheitlichen Begriff von Arbeitspolitik geführt. Es kam zu seinem inflationären Gebrauch. Die über den politikwissenschaftlichen Impuls in Gang gesetzte Debatte verlor so ihre Eindeutigkeit. Sehr gut ablesbar ist dies daran, dass das merkwürdige Wortungetüm der „Interessenvertretungspolitik“ vor wie nach der paradigmatisch gemeinten Einführung des Begriffs der Arbeitspolitik durch die einschlägige industriesoziologische Literatur geistert. Auch B. Rehder (2006, 240) verwendet diesen ausgesprochen unscharfen und widersprüchlichen Begriff. Abgesehen davon, dass das Verhältnis von Interessen und Politik der Reflexion bedarf - man vgl. etwa den Politikbegriff bei H. Arendt (Arendt 1993, Brokmeier 1994) - , ehe man beide Begriffe so umstandslos miteinander verknüpft<sup>31</sup>, stellt sich die Frage, ob jegliches Interessengerichtete Handeln auch sogleich als politisch gelten kann. Stets von „Interessenvertretungspolitik“ zu sprechen, macht es unmöglich, wichtige Unterscheidungen

---

<sup>30</sup> In diesem Sinne zwingt man heute neu aufbrechende betrieblicher Konflikte mit F. Fürstenbergs Konzept des Betriebsrats als einer Grenzinstitution in einen einzeldisziplinären Bezugsrahmen, der historisch sehr gut dazu geeignet war, die grundsätzliche Fragilität der Institutionalisierung von Betriebsratshandeln in der Entwicklungsphase zu verdeutlichen, in der sie so erfolgreich gelang – und deshalb die Industriesoziologie der 1950er Jahre als Mitbestimmungsforschung aufblühen ließ –, der aber möglicherweise wenig weiterhilft, um die heute eintretenden Umbrüche besser zu verstehen.

<sup>31</sup> Die Bezugnahme auf H. Arendt mag an dieser Stelle aufgrund ihres Arbeitsbegriffs überraschen. Es gibt aber in den posthum veröffentlichten Schriften (Ahrendt 1993, 69, 2003, 374f) und in der neueren Ahrendtrezeption (Jaeggi 1997, 2005) Anknüpfungspunkte, die eine Politisierung der sozialen Frage oder von Arbeit auch im Anschluss an die politische Philosophie H. Arendts möglich machen. Zu der These, dass das Denken H. Arendts für die Frage der Entstehung politischen Handelns hoch anregend, für die weiteren Fragen nach strategischer Politikformulierung und verbindlichen Entscheidungen hingegen nicht weiterführend sei, vgl. im Übrigen. J. Habermas (1971/1987, 241f).

vorzunehmen. Wenn z. B. jegliches Interessenvertretungshandeln als politisch gelten kann, läßt sich die alltagsweltliche Beobachtung einer langjährigen Entpolitisierung der Gewerkschaften - mit aktuell u. U. schwachen Anzeichen für eine Repolitisierung - wissenschaftlich nicht mehr begründen. Als Interessenverbände bleiben sie per Definitionem, richtiger gerade mangels angemessener begrifflicher Differenzierung, immer politisch (vgl. Martens 1992 und 2005b, 43ff).

Was den von F. Naschold im Blick auf einen unentfalteten Politikbegriff so bezeichneten „toten Winkel“ der damaligen industriesoziologischen Forschung anbelangt, so kann man vermutlich argumentieren, dass dieser tote Winkel mit den spezifischen Bezügen der Industriesoziologie zu marxistischen Denkrichtungen (vgl. Brandt 1984) erklären lässt. In dieser Traditionslinie findet sich eine sehr entfaltete theoretische Arbeit in Bezug auf den Begriff der Arbeit, wohingegen es an einem ausgearbeiteten Politikbegriff weithin fehlt.<sup>32</sup> Andererseits konnte der von F. Naschold und U. Jürgen eingeführte sehr weite Politikbegriff, der politics als Kampf um Macht, Einfluss und Interessen von der Mikroebene des Arbeitshandelns bis hin zum Agieren institutioneller Akteure auf der Ebene staatlicher Politik umfasst<sup>33</sup>, von der kritischen Industriesoziologie leicht adaptiert werden – allerdings eben in Form eines inflationären und unscharfen Gebrauchs.

Von diesen Überlegungen aus kann man heute in einem nächsten Schritt F. O. Wolfs Unterscheidung von „primärer“ und „sekundärer“ Arbeitspolitik aufgreifen, die ihrerseits an den von F. Naschold eingeführten Begriff der Arbeitspolitik anschließt (Wolf 2001, 229f). F. O. Wolf unterscheidet zwischen: (1) einer sekundären Arbeitspolitik im Sinne von geronnenen Mustern institutionalisierten Handelns oder den „verselbständigten Formen institutionalisierter Politikabläufe“ sowie (2) einer primären Arbeitspolitik im Sinne von aus den unmittelbaren Arbeitsprozessen heraus erwachsenden Handlungsprozessen, die darauf zielen, Bedingungen der Verausgabung von Arbeit in einem weiten Sinne zu gestalten und Schutzvorkehrungen für die lebendigen Träger der Arbeit gesellschaftlich durchzusetzen.

Bedient man sich eines hier im Anschluss an H. Arendt und F. O. Wolf vorliegenden „Begriffsvorrats“, so müsste man sagen: Mit einer in H. Arendts Worten im 19. Jahrhundert durchgesetzten, „Entprivatisierung“ der Arbeit - als Bedingung der Entstehung des Marxismus<sup>34</sup>, ferner dem Entstehen einer „proletarischen Öffentlichkeit“ (Negt/Kluge 1972) im Raum der privatkapitalistischer Produktion, ist ein Raum ar-

---

<sup>32</sup>Das gilt ähnlich, wie in Kapitel 2 gezeigt, für den Begriff der Institution. Im Industriesoziologischen Diskurs haben hier neoinstitutionalistische Konzepte Platz gegriffen. Der neuere institutionentheoretische Diskurs in den Politikwissenschaften (vgl. Göhler 1987 und 1994) wurde im Mainstream der industriesoziologischen Debatte nicht rezipiert (vgl. aber Peter 1992 und 1997a). Zum Verhältnis von Marxismus und Institutionentheorie vgl. Brockmeier-Lohfing (1987).

<sup>33</sup>Andererseits aber keinesfalls mit den eher spieltheoretisch begründeten Konzepten von Mikropolitik (Ortmann 1990, Crozier/Friedberg 1979) verwechselt werden darf.

<sup>34</sup>Und damit auch Grundlage dafür, von ihm aus den Arendt'schen Arbeitsbegriff wiederum sehr kritisch zu betrachten (vgl. Martens 2005b, 43ff).

beitspolitischen Handelns entstanden und durch bestimmte institutionelle Vorkehrungen abgestützt worden, in dem primäres arbeitspolitisches Handeln von den Arbeitenden selbst immer wieder – auch heute noch - neu hervorgebracht wird. Ein unscharfer Politikbegriff ist bei dessen Analyse freilich zu vermeiden. Es mag vielfältige Formen der Auseinandersetzung mit den jeweils vorgegebenen Arbeitsbedingungen geben – von der Wahrnehmung von Exitoptionen über Absentismus bis z. B., verdecktem Konflikt handeln in Form von Sabotage, die sich von dem eigentlichen Arbeitshandeln unterscheiden lassen<sup>35</sup>, aber diesen Auseinandersetzungsformen muss deshalb keineswegs die Qualität des Politischen beigemessen werden. Das gilt gleichermaßen für die alltägliche Tätigkeit professioneller Interessenvertreter, in der Bundesrepublik Deutschland also v. a. die der Betriebsräte. Insoweit sie ihrer Arbeit in Ausschüssen und Gremien nachgehen - z. B. in Kooperation mit Angehörigen der Personalabteilung, Repräsentanten staatlicher Institutionen, sei es des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, der beruflichen Bildung, in der Selbstverwaltung usw. – erscheint es sehr viel angemessener von Interessenvertretungsarbeit zu sprechen. Dies gilt nicht zuletzt auch deshalb, weil es hier dezidiert um die Vertretung von Interessen geht und nicht um deren "Übersteigen" im Wege ihrer Transformation in politische Prozesse. Aber Interessenvertretungsarbeit kann sicherlich jederzeit politisch werden, wenn z. B. Konflikte aufgrund der Infragestellung eingeschliffener Routinen bzw. bis dahin akzeptierter institutioneller Muster aufbrechen. In diesem Sinne wird etwa bei H. Arendt das politische Handeln Mehrerer oder Vieler gefasst, oder aber ein letztlich darauf zurückzuführendes Handeln von Professionellen in intermediären oder staatlichen Institutionen, die aus solchem Handeln erwachsen sind. In diesem Sinne kann man auch sagen, dass primäres arbeitspolitisches Handeln, wie es bei Croucher u.a. (2006) und Martens (2006) analysiert worden ist, als ein Politik immer wieder neu konstituierendes Handeln begriffen wird. Sekundäres arbeitspolitisches Handeln ist demgegenüber als schon konstituierte, dem primären arbeitspolitischen Handeln gegenüber verselbständigte, Form institutionalisierter Politikabläufe zu verstehen. F. O. Wolfs Unterscheidung zielt vor allem darauf ab, einer Ausblendung primärer Arbeitspolitik entgegenzuwirken. Durch diese Ausblendung primärer Politikprozesse, die F. O. Wolf unter Rückgriff auf I. Kant als ein „intellektuelles Hindernis“ bezeichnet, entstehe sonst ein „Rationalitätsdefizit“, das dann „überwiegend durch das schlichte Festhalten an einmal gewonnenen Realitätsvorstellungen, die sich zu meist auf ältere Zustände der gesellschaftlichen Wirklichkeit beziehen, inhaltlich gefüllt“ werde. Dies taue dann aber „allenfalls für Reaktionen einer rein defensiven Verteidigungsabwehr als Kognitionsgrundlage“ (Wolf 2001, S. 231). Der Bezug zu den zitierten Aspekten von M. R. Lepsius Kennzeichnung der Soziologie als „institutionalisierter Dauerkrise“ liegt auch hier auf der Hand.

---

<sup>35</sup>Wobei „Arbeitshandeln“ selbst schon ein Begriff ist, der mit den Arendt'schen Unterscheidungen schwerlich zu vereinbaren ist, denn bei ihr ist Arbeiten eben Arbeiten und Handeln immer schon für den Raum des Politischen reserviert.

## 5. Soziale Konflikte in interdisziplinärer Perspektive als Forschungsgegenstand konzipieren

Im öffentlich-politischen wie auch in weiten Teilen des wissenschaftlichen Diskurses erscheint heute, unter der Prämisse einer unausweichlichen Anpassung an eine forcierte Entbettung der kapitalistischen Marktökonomie, schon die Vorstellung, dass eine unter dem Druck der neoliberalen Globalisierung weiter forcierte Deregulierung von Arbeit – also auch eine weitere Schwächung der Institutionen der alten Arbeitsgesellschaft – konfliktträchtig sein könnte, geradezu tabuisiert. Ins Zentrum aller Aufmerksamkeit rückte seit der Mitte der 1990er Jahre die Frage, wie angesichts eines allgemeinen Wandels der modernen Wohlfahrtsstaaten zu Wettbewerbsstaaten (Streeck 1996) unter den Bedingungen der Globalisierung, Standorte und Beschäftigung durch geeignete Modernisierungsschritte gesichert werden können. Man könnte auch sagen: Zu Zeiten des Überschreitens des Gipfelpunkts des fordistischen Regulationsmodells, als erstmals in der Nachkriegszeit größere soziale Konflikte um den Fortgang sozialer Rationalisierung aufbrachen, die nach 1945 restrukturierte kapitalistische Ökonomie allerdings immer noch hoch dynamisch war, nur geringe Legitimationsprobleme in der Systemkonkurrenz hatte, die aber doch eine bedeutsame Rahmenbedingung war, war das Anknüpfen einer Generation von Intellektuellen (der „68er“ eben) in einer durchaus durch eine beachtliche Meinungsvielfalt geprägten Öffentlichkeit weitgehend unproblematisch. Heute in Zeiten eines „neoliberalen Einheitsdenkens“, das auch innerhalb des Wissenschaftssystems nicht folgenlos geblieben ist, stellt sich das durchaus anders dar. Eine Verdrängung des sozialen Konflikts wird sich vermutlich erst dann aufbrechen lassen, wenn das, was unter einer vermeintlich ruhigen Oberfläche schon rumort - für den aufmerksamen Beobachter durchaus erkennbar -, in stärker gehäuften neuen sozialen Konflikten manifest wird.

Der alte Klassenkonflikt schien unter diesem Blickwinkel entschärft. Mit dem Ende des Realsozialismus ist zeitweilig sogar die These vom „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 1989) vertreten worden. Die Gewerkschaften fesselten folgerichtig schon längst kaum mehr die Aufmerksamkeit kritischer Sozialwissenschaftler. Im Rahmen einer von erweiterten institutionalistischen Ansätzen geleiteten Soziologie der industriellen Beziehungen ist der Blick auf industrielle Konflikte als Aushandlungsprozesse innerhalb eines vorgegebenen institutionellen Rahmens verengt worden. Und wer sich innerhalb dieses industriesoziologischen Diskurses heute noch mit Gewerkschaften beschäftigt, zeichnet sich bei der Frage nach ihren Zukunftsperspektiven angesichts der weiter fortschreitenden Erosion der alten institutionell verfaßten Arbeitsgesellschaft eher durch Ratlosigkeit aus. Die Konflikte aus der Zeit Ende der 1960er/Anfang 1970er Jahre, die in der Bundesrepublik Deutschland in neue arbeitspolitische Initiativen mündeten, schienen vielen Beobachtern mehr oder weniger weitgehend bewältigt. Die Veränderungen der Organisation der Erwerbsarbeit sind in den arbeits- und industriesoziologischen Debatten seither vor allem unter dem Aspekt der Sicherung und Stärkung ökonomischer Effizienz behandelt worden. Für einen wichtigen Strang innerhalb der Profession ist Arbeitsforschung wie gezeigt keineswegs mehr das Kerngeschäft industriesoziologischer Forschung. Wichtige Debat-

ten zielen eher auf eine Verstetigung des nach den Bifurkationen um die Mitte der 1970er Jahre eingeleiteten Entwicklungsweges. Angesichts der im Hinblick auf einen langfristig selbsttragenden Akkumulationsschub mit spürbaren beschäftigungspolitischen Effekten erfolglosen neoliberalen Entgrenzungs- und Restrukturierungsbemühungen innerhalb des Systems der kapitalistischen Ökonomie richtet sich das Hauptaugenmerk auf technologische Basisinnovationen wie die IuK-Technologien, die das System der Erwerbsarbeit tiefgreifend verändert haben und andere Zukunftstechnologien von Bio- und Gentechnik bis zu Mikrosystemtechnik, Nanotechnologie etc. an der Schwelle zu breiter Nutzung, von der dann neue beschäftigungspolitische Impulse erhofft werden.

Was wir derzeit erleben ist jedoch nach der hier vorgeschlagenen Interpretation mindestens eine Erosionskrise der alten institutionell verfassten Arbeitsgesellschaften, man kann aber auch mit Gründen von einem „Epochenbruch“ sprechen. Zusammen kommen: (1) Die Verwertungsprobleme des Kapitals, oder die tendenziell schrankenlosen Renditeerwartungen im Shareholderkapitalismus, lassen sich nur um den Preis immer rigiderer Ausgrenzung von Menschen aus dem ersten Arbeitsmarkt und tendenziell rücksichtsloser Ausbeutung natürlicher Ressourcen „lösen“. (2) Weltweite Lösungsperspektiven sind hier nicht absehbar, weder im Zurück zu keynesianischen Steuerungsmodellen in den hochentwickelten Ländern noch auf der Linie radikalisierter neoliberaler angebotsorientierter Konzepte. (3) So wird der alte Klassenkonflikt zwischen Arbeit und Kapital auch in den Ländern der Triade wieder virulent – und zwar in erweiterten Dimensionen: Zusätzliche Probleme entstehen durch die alternde Gesellschaft, das Problem der Integration der Arbeitsimmigranten, die Ausgrenzung niedrig qualifizierter, v. a. männlicher Arbeitssuchender, weiterhin ungelöste Ansprüche nach Geschlechtergerechtigkeit. (4) Immer offensichtlicher wird, dass sich all diese Probleme innerhalb des Erwerbsarbeitersystems als Bezugspunkt überhaupt nicht lösen lassen. Das „Ganze der Arbeit“ (Kambartel 1993, Biesecker 2004) muss zunehmend in den Blick gerückt werden. (5) Hinzu kommen neue Konflikte: neben den neuen, aber schon vertrauten um Ökologie und Geschlechtergerechtigkeit auch die um eine Neue Weltordnungspolitik, um Krieg und Frieden.

Scharfsichtige wissenschaftliche Analytiker sehen so v. a. die Krise der Politik heraufziehen. In den Analysen von Z. Bauman führt die Krise der Politik so zur Konstatierung der negativen Dialektik einer „flüchtigen Moderne“, die Flexibilität statt Emanzipation befördert, Individualität zwar betont, aber ohne gestaltete Persönlichkeit hervorbringt, Raum und Zeit, in denen sie sich entfalten könnte, verschwinden lässt, Arbeit entgrenzt, fast entkörperlicht und als bloßen Job zum Gelderwerb, ohne Zielgestalt in sich befördert und für diejenigen, die sich so noch im Zentrum des Erwerbsystems behaupten können, eine neue (alte) Gemeinschaftlichkeit als einfältigen Schutz gegen anwachsende soziale Wüsten darum herum anbietet. „All dies verdichtet sich zur negativen Utopie einer flüchtigen Moderne – zu einer Moderne, die geeignet ist, das Grauen, das wir aus Orwells und Huxleys Albträumen kennen, in den Schatten zu stellen“ (Bauman 2003, 23).

Will man als Sozialwissenschaftler den Blick vor diesen Widersprüchen und Herausforderungen der Zeit nicht verschließen, so stellt sich wieder einmal, oder immer noch, die Frage, wie sich unter den heutigen Bedingungen Wissenschaft als „institutionalisierte Dauerkontrolle offener Gesellschaften“, „Ferment der Freiheit“ und „Werkzeug der Kritik“ (Plessner) dazu stellen kann?<sup>36</sup> Zu konstatieren, dass die Soziologie selbst institutionalisierte „Dauerkrise“ sei, weil es ihr am externen Realitäts-eingriff mangle und sie deshalb zwischen Freiheit und Beliebigkeit changiere (Lepsius 2003, 22), bedeutet - jedenfalls gegenüber Plessners Hoffnungen am Ende des ersten Jahrzehnts der Bundesrepublik Deutschland - eine massive Krise zu konstatieren. Als Wissenschaft (nüchtern und jenseits falscher alter Emphasen betrachtet) kann sie sicherlich immer nur nachlaufend Probleme der Lebenspraxis, des „Elends der Welt“ (Bourdieu 1997), dem sich die Menschen heute konfrontiert sehen, analysieren. In diesem Sinne sind dann allerdings die neu aufscheinenden, z.T. schon zu beobachtenden Konflikte als soziale Tatsachen ernst zunehmen. Forschungsrelevante Fragen wären dann z.B.: Welche Widerspruchsfelder werden heute in ihnen v. a. virulent? Was bedingt ein Fortdauern der „Passivitätskrise“ (Sennett 2006)? Was sind bei einzelnen aufbrechenden Konflikten die Konfliktanlässe? Welche bedeutsamen Konfliktbedingungen werden im Handeln der Akteure thematisiert, welche eher ausgeblendet? In welchen Perspektiven denken und suchen die unmittelbar beteiligten Akteure Lösungen? Wie verarbeiten die vorhandenen Organisationen und Institutionen diese Konflikte? Wo konstituieren sich aus ihnen heraus neue Strukturen mit Einfluss auf die weitere gesellschaftliche Entwicklung? Soziologischen Klassikern wie M. Weber und G. Simmel jedenfalls war die strukturbildende Funktion sozialer Konflikte noch selbstverständlich. Nicht zuletzt im Blick darauf wäre die Analyse neu aufbrechender sozialer Konflikte in unseren Zeiten eines wirklichen Epochenbruchs angezeigt. Dabei geht es nicht darum, an die falsche Emphase der frühen 1970er Jahre angesichts vermeintlich neu aufbrechender Klassenkonflikte von neuem Anzuknüpfen. Im Sinne einer pointierten Formulierung U. Oevermanns ginge es vielmehr darum, die sich abzeichnenden und z. T. bereits aufbrechenden sozialen und politischen Krisenprozesse als Fokus wissenschaftlicher Analyse und als Herausforderung und Chance, als Ruf nach der Schließung einer geöffneten Verzweigungssituation zu begreifen.<sup>37</sup>

---

<sup>36</sup> Die abschließenden Sätze aus Z. Baumanns Analyse der „flüchtigen Moderne“ zielen in die gleiche Richtung: „Soziologen mögen die Effekte ihrer eigenen Arbeit auf die ‚Welt-sicht‘ verleugnen oder vergessen, ebenso wie die Wirkungen dieser ‚Sicht‘ auf individuelles oder kollektives Handeln, aber damit verwirken sie die Möglichkeit verantwortlicher Entscheidungen, vor denen jeder Mensch täglich steht. Es ist die Aufgabe des Soziologen, dafür zu sorgen, dass Entscheidungen wahrhaft frei sind und es für alle Zeit in zunehmendem Maße bleiben“ (Bauman 2003, 252).

<sup>37</sup> Das vollständige Zitat lautet; „Für die lebenspraktische Perspektive selbst muss notwendig die Krise den Grenzfall und die entlastende Routine bzw. die in sozial validierten Normierungen und Typisierungen entlastend institutionalisierte Vor-Entscheidung den Normalfall bilden. Anders wäre praktisches Leben unter dem Druck knapper Ressourcen nicht möglich. Für den strukturalistischen und pragmatischen Analytiker der Lebenspraxis dage-

## Literatur:

- Adorno, T.W., Jaerisch, U. (1968/1972): Anmerkungen zum sozialen Konflikt heute, in: Adorno, T. W. (1972): Gesammelte Schriften 8. Soziologische Schriften 1, Frankfurt am Main, S. 177 – 195
- Aglietta, M. (2000): Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand, Hamburg
- Arendt, H. (1993): Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass Hg. von U. Ludz, München/Zürich
- Arendt, H. (2003): Denktagebuch (Hgg. v. U. Ludz und I. Nordmann), 2 Bände, Zürich
- Aulenbacher B.; Goldmann, M. (Hg.): Transformationen im Geschlechterverhältnis, Frankfurt/Main
- Baecker, D. (2002): Die gesellschaftliche Form der Arbeit, in: Ders. (Hg.) Archäologie der Arbeit, Berlin, S.
- Baethge, M. (1991): Arbeit, Vergesellschaftung, Identität. Zur zunehmenden normativen Subjektivierung der Arbeit. In: Soziale Welt, Jg. 42, Heft 1, S. 6 – 19
- Baldamus, W. (1960): Der gerechte Lohn. Eine industriesoziologische Analyse, Berlin
- BdWiHome/Forum Wissenschaft (2004): Neue Weltordnung, Neue Kriege. Globalisierung, Imperialismus und Empire, [www.bdwi.de/forum/fwl-04-25.htm](http://www.bdwi.de/forum/fwl-04-25.htm)
- Beck, U. (2005a): Blind für die Wirklichkeit, in: Frankfurter Rundschau 03.09. 2005
- Beck, U. (2005b): Was zur Wahl steht, Frankfurt am MAin
- Bourdieu, P. (u.a.) (1997): Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft, Konstanz
- Brokmeier, P. (1994): Institutionen als das Organon des Politischen. Versuch einer Begriffsbildung im Anschluss an Hannah Arendt. In: Göhler, G. (Hg.): Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie, Baden-Baden, S. 167-186
- Brokmeier-Lohfing, P. (1987): Kann der Marxismus Institutionen begründen? In: Göhler, G. (Hg.) Grundfragen der Theorie politischer Institutionen. Forschungsstand-Probleme-Perspektiven, Opladen, S. 229 – 241
- Bühl, W. (1972) (Hg.): Konflikt und Konfliktstrategie. Ansätze zu einer soziologischen Konflikttheorie, München
- Castel, R. (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz
- Castells, M. (2001): Informationstechnologie und globaler Kapitalismus. In: Hutton, W.; Giddens, A. (Hg.): Die Zukunft des globalen Kapitalismus, Frankfurt/New York, S. 68 – 92
- Crouch, C.; Pizzorno (1978): The Resurgence of Class Conflict in Western Europe since 1968, 2 Bände, London/Basingtake
- Croucher, R.; Martens, H.; Singe, I. (2006): Employee Network, Union and Works Council: the Siemenskonflikt, in: Relations Industrielle - Industrial Relations (i. E.)
- Crozier, M.; Friedberg, E. (1979) Macht und Organisation – Die Zwänge kollektiven Handelns, Königsstein/Ts
- Dahrendorf, R. (1957): Soziale Klassen und Klassenkonflikt, Stuttgart
- Dörre, K. (2002): Kampf um Beteiligung. Arbeit, Partizipation und industrielle Beziehungen im flexiblen Kapitalismus, Wiesbaden
- Dörre, K.; Röttger, B. (Hg.) (2003): Das neue Marktregime. Konturen eines nachfordistischen Produktionsmodells, Hamburg
- Engelmann, J.; Wiedemeier, M. (Hg.): (2000): Kursbuch Arbeit, Stuttgart/München
- Frerichs, P.; Pohl, W. (2001): Zukunft der Gewerkschaften. Literaturstudie, (Manuskript), Köln
- Fricke, W.; Pöhler, W.; Peter, G. (1982): Beteiligen, Mitgestalten, Mitbestimmen – Arbeitnehmer verändern ihre Arbeitsbedingungen, Düsseldorf

---

gen muss es sich umgekehrt verhalten. Für ihn ist nicht die Routine sondern die Krise der Normalfall, den es zu bewältigen gilt. (...) die Krise bedeutet zunächst nur die nach einer Schließung rufende Öffnung (Oevermann 1995,11).“

- Fukuyama, F. (1989): The End of History? In: The National Interest, No. 16, Baltimore
- Gärtner, P. (2004): Globalisierung als Epochenbruch?, [www.linxxnet.de/archiv/htext2.htm](http://www.linxxnet.de/archiv/htext2.htm)
- Göhler, G. (1987) (Hg.) Grundfragen der Theorie politischer Institutionen. Forschungsstand-Probleme-Perspektiven, Opladen
- Hauriou, M. (1965): Die Theorie der Institution und zwei andere Aufsätze (frz. zuerst 1925) , Hgg. Schur, R., Berlin
- Hassel, A. (2003): Die Lage der deutschen Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 5/2003, S. 294–298
- Hebel, S.; Kessler, W.; Storz, W. (2005). Wider Die herrschende Leere. Neue Perspektiven für Politik und Wirtschaft, Frankfurt-Oberursel
- Heitmeier, W. (Hg.) (2002 u.2003): Deutsche Zustände, Frankfurt am Main
- Hutton, W.; Giddens, A.. (2001): Die Zukunft des globalen Kapitalismus , Frankfurt/New York
- Jürgens, K. (2005): Perspektivenerweiterung statt Kriseninszenierung. Ein Beitrag zum Diskurs über die Zukunft der Arbeits- und Industriesozilogie, in: ARBEIT, 3/2005, 173-190
- Kocka, J. (2003a): Gewerkschaften und Zivilgesellschaft – Dimensionen eines Konfliktverhältnisses, Vortrag auf dem Symposium der Otto-Brenner-Stiftung „Gewerkschaften in der Zivilgesellschaft“, 25.06.2003, Berlin, veröffentlicht in GMH 10/11 2003, S. 610-616
- Kocka, J.; Offe, C. (Hg.) (2000): Geschichte und Zukunft der Arbeit, Frankfurt a. M./New York
- Kohl, H.H. (2005): Vernachlässigte Zonen. Die Vororte französischer Städte, in denen v.a. benachteiligte Jugendliche aus Migrantenfamilien wohnen, versinken im Chaos, Frankfurter Rundschau 03.11. 2005
- Kollmorgen, R. (1996): Schöne Aussichten? Eine Kritik integrativer Transformationstheorien, in: Kollmorgen, R.; Reißig, R.; Weiß, J. (Hg.): Sozialer Wandel in Westdeutschland, Opladen, S. 281-331
- Kühl, S. (2004): Von der Krise, dem Elend und dem Ende der Arbeits- und Industriesozilogie, in: Soziologie, Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Jg. 33, Heft 2, 2004, S.7-16
- Kuhrana, T.; Müller, B. (2004): Der Arbeitskreis Psychologie und Postmoderne, [www.fu-berlin.de/postmoderne-psych/postmoderne/praktikum.htm](http://www.fu-berlin.de/postmoderne-psych/postmoderne/praktikum.htm)
- Kreibich, R. (1997): Wissenschaftsgesellschaft. Entwicklung und Zukunft der Wissenschaftsgesellschaft. Gutachten für den deutschen Bundestag
- Lepsius, M. Rainer (2003), „Die Soziologie ist in einer Dauerkrise. Gespräch mit Georg Vobruba“, in: Soziologie, Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, 32.Jg. Heft 3, S.20-30.
- Lehmbruch, G. (1996): Die Rolle der Spitzenverbände im Transformationsprozeß. Eine neoinstitutionalistische Perspektive, in: Kollmorgen, R.; Reißig, R.; Weiß, J. (Hg.): Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland, Opladen, S.117-146
- Lipietz, A. (1993): Towards a New Economic Order. Postfordism, Ecology and Democracy, Cambridge
- Löhe, F. (2005): Ohne Macht. Dokumentarfilmer Martin Kessler geht der „neuen Wut“ nach, in Frankfurter Rundschau, 28.07.2005
- Lohr (2003), K. (2003): Subjektivierung von Arbeit. Ausgangspunkt einer Neuorientierung der Industrie- und Arbeitssoziologie? In: Berliner Journal für Soziologie, S.511-529
- Martens, H. (1992): Gewerkschaften als Interessenverband oder soziale Bewegung? Überlegungen zu einer irreführenden Alternative angesichts der Notwendigkeit zu einer arbeitspolitischen Erweiterung gewerkschaftlicher Interessenvertretung, in: Ders. (1992): Gewerkschaftspolitik und Gewerkschaftssoziologie. Gewerkschaftsforschung am Landesinstitut Sozialforschungsstelle, Dortmund, S. 175-196
- Martens, H. (1994): Der konfliktsoziologische Ansatz der Sozialforschungsstelle bei ihrer Neugründung 1972, in: Krahn, K., Peter, G., Skrotzki, R. (Hg.): Immer auf den Punkt. Beiträge zur Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung, Arbeitspolitik. Willi Pöhler zum 60. Geburtstag, Dortmund
- Martens, H. (1996): Zur Institutionalisierung von Mitbestimmung in Ostdeutschland im Kontext der Modernisierung der industriellen Beziehungen in der Bundesrepublik

- Deutschland, in: Kollmorgen, R.; Reißig, R.; Weiß, J. (Hg.): Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland, Opladen, S. 165-178
- Martens, H. (1999): Auslaufmodell oder Reformkonzept für die moderne Teilhabegesellschaft. Eine kritische Würdigung der Ergebnisse der neuen Kommission Mitbestimmung von Hans-Böckler-Stiftung und Bertelsmann Stiftung, in: Soziale Welt, in Sozialer Welt, 1/1999, S. 67 – 86
- Martens, H. (2002): Nach dem Ende des Fordismus - Ansatzpunkte einer neuen gewerkschaftlichen Arbeitspolitik? In: Dörre, K. (Hg.): Neuer Kapitalismus, nachfordistisches Produktionsmodell? Analysen, Kontroversen, Arbeitspolitische Schlussfolgerungen, Recklinghausen, S. 115-134
- Martens, H. (2005a) Institution und soziale Bewegung – strategische Herausforderungen der Gewerkschaften, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 2/2005, S.
- Martens, H. (2005b): Arbeitsforschung und Arbeitspolitik. Folgerichtigkeit losgelassener systemischer Prozesse oder Freiheit durch politische Initiativen?, (Manuskript, Dortmund), unveröffentlicht
- Martens, H. (2006) Arbeitspolitische Initiativen In der IT-Branche. Ambivalenzen des dezentralen „Selbertuns“ und Herausforderungen und Chancen einer neuen Netzwerkpolitik für die Gewerkschaften, erscheint in: ARBEIT 4/2006
- Martens, H. (2007a): Industriesoziologie im Aufbruch? Herausforderungen empirischer Arbeitsforschung im Epochenbruch, Münster (
- Martens, H. (2007b): Primäre und institutionalisierte Arbeitspolitik – ein zu erneuernder Zusammenhang, in: Peter, G. (2007) (Hg.): Grenzkonflikte der Arbeit. Die Herausbildung einer neuen europäischen Arbeitspolitik, Hamburg
- Martens, H.; Peter, G.; Wolf, F. O. (Hg.) (2001): Zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung. Gesellschaftlicher Umbruch und neue Arbeit, Frankfurt/New York
- Maurer, A. (2004): Elend und Ende der Arbeits- und Industriesoziologie? Einige Anmerkungen zu Erkenntnisprogrammen, Theorietraditionen und Bundestrich-Soziologien, in: Soziologie, Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, 33. Jg.; Heft 4, 2004, S. 7-19
- Meister, M., (2005): Frankreich ist schockiert. Rechnung für Apartheitspolitik, in Frankfurter Rundschau 07.11. 2005
- Minssen, H. (2006). Crisis? What Crisis? Zur Situation der Arbeits- und Industriesoziologie, in: ARBEIT, 4/2006, S. 259-272
- Minssen, H.; Riese, C. (2006a): Organisation von Betriebsräten – Was macht den Co-Manager zum Co-Manager? (Forschungsbericht), Bochum
- Minssen, H.; Riese, C. (2006b): Qualifikation und Kommunikationsstrukturen des Co-Managers – Zur Typologie von Betriebsräten, in: ARBEIT, 1/2006, S. 44-59
- Müller, A. (2004): Die Reformlüge. 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren, München
- Müller-Jentsch, W. (1986): Soziologie der industriellen Beziehungen. Eine Einführung, Frankfurt/New York
- Müller-Jentsch, W. (1997): Soziologie der industriellen Beziehungen, 2. Überarbeitete und erweiterte Auflage, Frankfurt/New York
- Müller-Jentsch, W. (1993): Organisation und Mitbestimmung. Evolution einer diffizilen Synthese, in: ders. (Hg.): Profitable Ethik - Effiziente Kultur. Neue Sinnstiftungen durch das Management, Mering
- Naschold, F. (1985): Zum Zusammenhang von Arbeit, sozialer Sicherung und Politik. Einführende Bemerkungen zur Arbeitspolitik. In: Naschold, F. (Hg.): Arbeit und Politik – Gesellschaftliche Regulierung der Arbeit und soziale Sicherung, Frankfurt a. M./New York, S. 9–46
- Negt, O.; Kluge, A. (1982): Öffentlichkeit und Erfahrung, Frankfurt am Main
- Nonnenmacher, P. (2005): Motiv Mißgunst. Unruhen in Großbritannien, in: Frankfurter Rundschau 03.11. 2005
- Nowotny, H.; Scott, P.; Gibbons, M. (1999): Re-Thinking Science. Knowledge and the Public in an Age of Uncertainty, Cambridge

- Oevermann, U. (1995): Skizze einer revidierten Theorie professionalisierten Handelns. Frankfurt (Manuskript)
- Oevermann, U. (1996): Skizze zu einer revidierten Theorie professionalisierten Handelns, in: Combe, A.; Helsper, W. (Hg.): Pädagogische Professionalität. Untersuchungen zum Typus pädagogischen Handelns, Frankfurt am Main, S. 93-249
- Peter, G. (1987): Staatliche Arbeitspolitik und Mitbestimmung, in: Fricke, W. (Hg.) 1987: Jahrbuch Arbeit und Technik in Nordrhein-Westfalen 1987, Bonn
- Peter, G. (1992): Theorie der Arbeitsforschung. Situation, Institution, System als Grundkategorien empirischer Arbeitsforschung, Frankfurt/New York
- Peter, G. (1997): Theorie und Praxis der Arbeitsforschung, Frankfurt/New York
- Peter, G. (2007) (Hg.): Grenzkonflikte der Arbeit. Die Herausbildung einer neuen europäischen Arbeitspolitik, Hamburg (i.E.)
- Pöhler, W. 1970: Der soziale Konflikt als Hauptaspekt industriesoziologischer Forschung, Bewerbungsvorlesung an der Universität Dortmund, Manuskript
- Pöhler, W.; Neuloh, O (1977): Zur Theorie des sozialen Konflikts, in: Neuloh, O. (Hg.) (1977): Soziale Innovation und sozialer Konflikt, Göttingen, S. 31-40
- Pries, L. (2005): Kräftefelder der Strukturierung und Regulierung von Erwerbsarbeit, SOAPS Papers, Forschungsberichte des Lehrstuhls Organisationssoziologie und Mitbestimmungsforschung, Ruhr-Universität Bochum
- Prott, J.; Resch, H. (2006): Die Bedeutung beteiligungsorientierter Formen der Arbeitsorganisation für die Verbesserung eines qualitativ orientierten Dienstleistungsangebots im ÖPNV, Bremen und Hamburg (Forschungsbericht)
- Rehder, B. (2006): Legitimitätsdefizite des Co-Managements. Betriebliche Bündnisse für Arbeit als Konfliktfeld zwischen Arbeitnehmern und betrieblicher Interessenvertretung, in: Zeitschrift für Soziologie, 3/2006, S. 227-242
- Sauer, D. (2005a): Arbeit im Übergang. Zeitdiagnosen, Hamburg
- Schroeder, W.; Weßels, B. (2003) (Hg.): Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft Der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch, Wiesbaden
- Simmel, G. (1968): Der Streit. In: Soziologie. Untersuchung über die Formen der Vergesellschaftung, Berlin
- Streeck, W. (2001): Kontinuität und Wandel im deutschen System der industriellen Beziehungen: Offene Fragen, in: ARBEIT 2001, Heft 4, S. 299- 313
- Voß, G. G.; Pongratz, J. (1998): Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Heft 1, 1998, S. 131 – 158
- Wallerstein, I. (2004) Absturz oder Sinkflug des Adlers? Der Niedergang der amerikanischen Macht, Hamburg
- Weber, M. (1956): Wirtschaft und Gesellschaft – Grundriß der verstehenden Soziologie, 2 Halbbände, Tübingen
- Wiesenthal, H. (1988): Strategie und Illusion. Rationalitätsgrenzen kollektiver Akteure am Beispiel der Arbeitspolitik 1980-85, Frankfurt/New York
- Wiesenthal, H. (1998): Globalisierung als Epochenbruch – Maximaldimensionen eines Nicht-nullsummenspiels (Überarbeitete Fassung, Mai 1998)
- Wolf, F.O. (2002a): Primäre und sekundäre Wissenspolitik – zur Ausarbeitung einer Unterscheidung, Manuskript
- Wolf, F. O. (2002b): Primäre Wissenschaftspolitik, Manuskript
- Wolf, F. O. (2002c): Radikale Philosophie. Philosophische Untersuchungen für Aufklärung und Befreiung, Münster
- Wolf, F. O. (2003a): Was braucht marxistisches Denken heute, um als 'Theorie' existieren zu können? Ein Trilemma kritischen Denkens nach dem Ende der offiziellen Marxismen, Berlin (Manuskript)
- Wolf, F. O. (2003b): Die Arbeit und ihre Beobachter. Anmerkungen zu Dirk Baecker (Hg.): Archäologie der Arbeit, in: ARBEIT, 3/2003, S. 242-250
- Wolf, F. O.; Paust-Lassen, P. (2001): Ökologie der Menschheit – Strategien der Nachhaltigen Entwicklung als Transformationsaufgabe, hgg. vom Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin